Erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Kolporteure zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mk. 2,50, pro Woche 70 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 6170.

Telephon Nr. 1206.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionspreis
beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Nr. 74. Mittwoch, den 29. März 1905. 16. Jahrgang.

Der revolutionäre Geist in der russischen Armee.

In der Zeitschrift „Free Russia“ („Das freie Rußland“), die in England herausgegeben wird, kommt mit seinen Ansichten über obiges Thema ein früherer russischer Marine-Offizier, Haspar Serebriakoff, zu Wort. Es ist interessant zu sehen, wie sich das Bild der revolutionären Bewegung im Kopfe dieses bürgerlichen Offiziers malt und vor allem, wie er sich das Verhältnis zwischen Volk und Militär bei den kommenden revolutionären Erschütterungen vorstellt. Serebriakoff schreibt unter anderem:

„Alle jene, welche die Ereignisse in Rußland verfolgen, können zwei feindliche Mächte gegeneinander kämpfen sehen. Auf der einen Seite das Volk, auf der anderen Seite der Zar, die Bureaukratie und die Polizei, unterstützt durch die Armee. Welche Partei wird siegen? Nach den neuesten Nachrichten verkünden der Zar und sein Anhang den Sieg. Sie sind sicher, daß die schreckliche Armee von Millionen Soldaten eine furchtbare Waffe in ihren Händen sein wird. Sind sie im Recht? Die Geschichte leugnet es! Ich will weder die französische Revolution, noch andere Tatsachen aus der Geschichte Westeuropas anführen, welche uns beweisen, daß die Truppen sich auf die Seite des Volkes geschlagen haben. Das ist den Lesern bekannt. Ich will nur sprechen von der russischen Geschichte des letzten Jahrhunderts. In der Zeit Alexander I., unter dem Einfluß der französischen Revolution, begannen sich in Rußland revolutionäre Ideen auszubreiten und zeigten sich in der militärischen Erhebung vom 14. bis 26. Dezember 1825 in St. Petersburg und Zentral-Rußland. Hunderte von Offizieren und Generälen nahmen Teil an der Verschwörung, welche zum Ziel hatte die Beseitigung der Autokratie und seitdem ist keine Verschwörung oder revolutionäre Partei gewesen, an welcher die militärischen Elemente nicht einen bedeutenden Anteil genommen haben. So in der „Volks-Bewegung“. Als die Gesellschaft „Land und Freiheit“ gebildet wurde, quittierten zahlreiche Offiziere die Armee mit der Absicht, ihre Dienste dem Volke zu widmen. Es wird genügen, einige Namen der Abtrünnigen, welche früher Offiziere waren, zu nennen: Colonel Lavroff, Colonel Sokoloff, Peter Kropotkin, der Artillerieoffizier Kraotchinski (Stepniak) und Shischko ꝛc. Aber während der Periode der „Volks-Bewegung“ und der „Land und Freiheit“ nahmen nur jene Offiziere an der Bewegung teil, die die überzeugtesten und hingebungsvollsten Sozialisten waren. Als die Partei „Volkswille“ eine politische Revolution inszenierte, wurde es absolut notwendig, der Armee einige Aufmerksamkeit zu schenken, die die Hauptstütze der etablierten Macht war. Ganz deutlich sah man, welchen unmittelbaren Einfluß die sozialen Ereignisse auf die Armee ausübten. In weniger als zwei Jahren wurde eine militärisch-sozialistische Organisation von 600 Offizieren aller Grade geschaffen. Man kann sich vorstellen, welch' große Anzahl von Offizieren zu jener Zeit mit der Revolution sympathisieren mußten, ohne ein bestimmtes klares Programm zu haben. Und dies war ein Ereignis, als die revolutionäre Bewegung nur einen Teil der intellektuellen Gesellschaft und eine verhältnismäßig kleine Zahl der Arbeiter erfaßt hatte. Es war nicht so wie jetzt, eine Revolte der Bauern en masse, es war keine große Arbeiterbewegung, nicht eine öffentliche Bewegung, alle Klassen der Gesellschaft umfassend, wie heute, an welche auch die gemäßigten Konservativen sich begonnen haben anzuschließen.

Die revolutionären Parteien haben heute zehn Mal besser organisierte Mitglieder als in jenen Tagen Leute vorhanden waren, welche vorübergehende revolutionäre Sympathien besaßen.

Während der letzten 10 oder 15 Jahre ist die Armee fast außerhalb der Grenzen direkten revolutionären Einflusses gewesen, obgleich Propaganda in gewisse Teile ein wenig eingedrungen ist. Es war aber keine systematische Organisationsmethode und ein Generalplan lag nicht vor. Eine Verschwörung wird eine schnelle Aenderung herbeiführen, den Sieg des Volkes erleichtern und das Blutvergießen verhüten, indem die Truppen veranlaßt werden, zum Volk überzutreten oder ihre Macht lahm zu legen. Solche Verschwörung kann nur wirkungsvoll durchgesetzt werden, wenn die Massen der Arbeiter und die Bauern reif sind für eine Revolution, wenn eine machtvolle Bewegung unter ihnen ist, oder wenn die revolutionären Parteien entschlossen sind, im Falle einer Insurrektion die Initiative zu ergreifen.

In irgend welchen anderen Lagen ist jede militärische Organisation durch ihre besonderen Verhältnisse zu einem Zustand der „Inaktivität“ verdammt und erfolgt früher oder später ihre Demoralisation und Erschlaffung.

Ein militärisches Komplott, wie jedes andere, kann nur für eine gewisse Zeit dauern und keine revolutionäre Partei kann die Organisation eines Komplotts zu stande bringen, ausgenommen, wenn es sich um eine plötzliche, in Bereitschaft befindliche Insurrektion handelt. Es ist unmöglich, in der Armee ein Komplott zu arrangieren, von welchem der Plan nicht in nächster Zeit durchgeführt werden kann. Die Majorität der Offiziere, wohl sympathisierend mit der Bewegung, wird sich in irgend eine Verschwörung nicht einlassen, von welcher der Plan unentschlossen oder ungewiß ist. Die Entwickelung der gegenwärtigen Reformbewegung hat die Hoffnungen auch der größten Pessimisten erfüllt und jedermanns Ungewißheit genommen.

Die Truppen feuerten auf das Volk, nicht weil die Armee ein totes Werkzeug in den Händen der Herrschenden ist, sondern weil sie plötzlich vor das Volk geführt wurden. Sie gerieten in Verwirrung, die disziplinierte Routine gewann die Oberhand und die Truppen feuerten gehorsam. Aber dieser Zustand der Dinge kann nicht lange dauern. Die Ereignisse schreiten schnell vorwärts. In dem kurzen Zeitraum von drei Monaten haben wir gesehen, daß sich alle Klassen der Gesellschaft aus dem Zustande politischer Indifferenz losgelöst haben und offen die Autokratie und bestehende „Ordnung“ verdammen. Dieselben Dinge werden in der Armee platzgreifen, aber schneller noch.

Ohne jeden Zweifel werden die Soldaten, welche entschlossen sind, zu denken, für lange Zeit die gefallenen und getöteten Brüder in ihrem Herzen tragen, und ebenso die anderen Elemente, welche niemals die Sache der Regierung vertreten haben, rasch erleuchten. Sie sind keine Berufssoldaten, sondern auch Bauern und Arbeiter.

Allerdings, es war der Hypnotismus der Disziplin, welcher die Truppen veranlaßte, auf das Volk zu schießen, Frauen und Kinder zu töten. Aber als sie zurückkehrten in ihre Kasernen, als der magische Zauber vorüber war, worüber sprachen sie, diese Soldaten von heute, diese Bauern und Arbeiter von gestern und morgen? Die Majorität wird gewiß fühlen, daß sie eine schlechte, eine verbrecherische Aufgabe erfüllt haben, sie haben gewiß eine Rechtfertigung für ihr Vorgehen gesucht und gefürchtet, keine zu finden, weil sie von allen denen Anklagen und Flüche gehört haben, deren Brüder sie erschlugen. Nach ein oder zwei Begegnungen werden die Soldaten ihre Gewehre niederwerfen oder offen auf die Seite des Volkes treten.

Die Offiziere befinden sich in derselben Lage — die ganze Gesellschaft hat sich in der Opposition vereinigt, die ganze Gesellschaft ist in einem Zustande der Erbitterung, die Väter, Mütter, Brüder, Schwestern und Freunde der Offiziere werden mit Mißbilligung auf ihre Angehörigen sehen und Scham fühlen über die, welche Schuld tragen an der großen Schlächterei.

Wird der Offizier imstande sein, noch lange den Verächtern seines Teuersten Treue zu bewahren? Gewiß nicht. Wir sind an einem Punkte der Bewegung, in welchem die Armee durch den Sturm der Revolution wird getragen werden, und ich bin gewiß, daß der beste Teil der Offiziere es bereits unternommen hat, die Unzufriedenheit unter den Truppen auszubreiten und eine Macht zu schaffen, die entschlossen sein wird, einen Friedensweg für die Truppen zu finden, der sie auf die Seite des Volkes führt.

Wladimir der Blutdürstige wird sich vergebens seines Sieges rühmen. Er hat sich sowohl bei den Offizieren als den Soldaten in ein Dilemma gesetzt — sollen sie treue Untertanen und Brudermörder oder ehrliche Bürger sein? Es gibt da kein Mittelding. Man kann nicht der Zersetzung entgehen, indem man an der Politik keinen Anteil nimmt, und der rote Zar wird bald die Folgen sehen. ††

Der Bergarbeiterschutz im Abgeordnetenhause.

Ministerpräsident Graf Bülow — ein Diplomat — hat die Sprache nach Talleyrands bekanntem Wort, um die Gedanken zu verbergen. Aber keine Diplomatensprache verbirgt Graf Bülows Gedankenlosigkeit. Am Montag fand im Abgeordnetenhause die lang erwartete, mehrfach verschobene Lesung der Bergarbeiterschutznovelle statt. Graf Bülow leugnete, um sie zu begründen, daß der Riesenstreik die Einbringung der Berggesetznovelle veranlaßt habe. Das war früh um 11 Uhr. Bis 1 Uhr kämpfte Herrn Möllers Ungeschick damit, die Wahrheit auszuplaudern. Um 4 Uhr gestand Graf Bülow, daß der Streik die seit 12 Jahren schwebenden Erwägungen über den Bergarbeiterschutz sehr rasch zum Abschluß gebracht habe. So verworren, widerspruchsvoll und töricht war alles, was heute vom Regierungstische über den Streik und dieses Gesetz gesagt. Der Minister-Präsident schimpfte auf die Hetzer und Wühler, die den Arbeitern zu dem — nun schließlich für die Bergarbeiter so vorteilhaft ausgefallenen — Streik geraten hätten, „hetzte und wühlte“ die Arbeiter gegen ihre Führer auf. Dabei tat er ständig so, als ob nur Sozialdemokraten an

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

56] (Nachdruck verboten.)

Als Horstmann die Hände von seinen Ohren tat, hörte er noch eine andere Stimme, die eines Weibes, das wie ein Vogel: Hei, hei, hei! kreischte. Von neuem befiehl ihn die Angst und er lauschte mit Entsetzen.

Wie bringe ich die Stunden nur hin? Es müßte doch schon hell werden. Wie kann man einen Menschen nur so liegen lassen. Wenn doch nur jemand kommen und ein Wort mit mir sprechen wollte!

Er kroch durch das Dunkel zur Tür hin und pochte, indem er mit heiserer Stimme rief:

„Laßt mich heraus! Laßt mich doch heraus!“

Niemand antwortete ihm. Nur der Irre nebenan stieß sein kreischendes Gelächter aus, und das Weib schrie in schrillen Tönen wie ein Raubvogel in hoher Luft, der unter sich Aas wittert.

„Es müßte doch schon längst Tag sein! Warum wird denn mein Fenster nicht hell? Draußen scheint doch die Sonne. Die Leute frühstücken jetzt. Ich bin doch schon länger als eine Nacht hier. Das ist ja fürchterlich, dies Dunkel! Was war ich für ein Tor, daß ich gestern nicht in den Garten ging! Wie schön muß es draußen sein. Und wie gräßlich ist es hier! Was hat mein Vater gelitten, der acht Jahre in seiner Zelle eingeschlossen war. Herrgott, warum sagt mir kein Mensch, wie lange ich hier eingeschlossen bin? Warum sehe ich nichts? . . . Ja, das sind Steine, kalte, klebrige Steine, aber wenn ich sie nur mal sehen könnte!“

Doch plötzlich schrak er zusammen, da er ein Geräusch an seiner Tür zu vernehmen glaubte, er tastete sich, so schnell er konnte, hin, süße Hoffnung durchströmte ihn, daß jetzt die Erlösung da wäre. Mit matter Stimme rief er:

„Macht auf! Macht auf! Bitte, macht doch auf! . . . Ach, macht auf!“

Draußen stand Mewes, der von Doktor Sinzheimer heruntergeschickt war, um nachzusehen, ob der Kranke sich beruhigt habe oder nicht. Es war jetzt dreiviertel elf. Horstmann hatte etwa vier Stunden in der Zelle zugebracht. Für den Fall, daß er noch tobte, sollte er dort bleiben, andernfalls sollte man ihm ein lauwarmes Bad geben und ihn zu Bett bringen. Einige Augenblicke blieb Mewes horchend an der Tür stehen, dann ging er durch den Park zur Kegelbahn und meldete, daß der Kranke noch ebenso heftig tobe wie am Anfang.

Horstmann bat und horchte noch lange Zeit, ohne daß sich etwas gerührt hätte. Der Lärm in den Nebenzellen war verstummt. Es war ganz still. Pechschwarze Finsternis umgab ihn. Da sagte er sich endlich, daß alles vergeblich sei. Gänzliche Mutlosigkeit überkam ihn. Er begann langsam auf und ab zu gehen. Seine Füße raschelten in dem Stroh, das durch die ganze Zelle verstreut lag. Er tastete ängstlich mit der Hand vor sich, sich umwendend, sobald er die Mauer berührte. Manchmal blieb er stehen und fragte: „Wo bin ich? . . . In meinem Zimmer? . . . Wo? . . . Was? . . . Antwortet doch! . . .“ Er horchte, dann tappte er weiter. Die Berechnung der Zeit hatte er gänzlich verloren. Die Minuten wurden Stunden. Wenn er die Zelle einmal durchschritten hatte, glaubte er einen langen Weg gemacht zu haben.

Nun war es nicht mehr der Gedanke, daß er verrückt sei, der ihn schreckte, es war die Dunkelheit und die Zeit, die still zu stehen schien — dies Lebendigbegrabensein, das kein Ende nahm. Ein paar Mal stolperte er über die Matratze, daß er lang hinschlug, aber trotz seiner blutenden Glieder raffte er sich wieder auf. Er konnte nicht still stehen.

Also komme ich wirklich nicht wieder heraus? Die anderen hat man fortgebracht, mich läßt man hier. Ich soll hier sterben. Man denkt, ich bin alt und schwach. Hinterher heißt es Herzschlag, dann ist man mich los . . . Warum wird es nicht hell? Man hat das Fenster verschüttet. Ich stecke in einem Grab . . . Was soll ich machen? Herrgott! Ich muß heraus! Ich will so nicht enden! . . .

„Laß mich heraus! Heraus! Heraus!!!“

In der sinnlosen Angst überkam ihn noch einmal die Raserei. Er stieß mit den Stiefeln gegen die Tür, schlug sich die Hände noch blutiger, schrie sich die Stimme heiser. Schließlich fiel er ganz ermattet nieder. Aber immer von neuem pochte er mit dem Knöchel gegen das Holz, indem er tonlos flüsterte:

„Laßt mich heraus!“

Der Kopf sank ihm auf die Brust. Kalter Schweiß brach aus seinem Gesicht. Er war so kraftlos, daß er sich kaum rühren konnte. Nur die Hand vermochte er noch zu erheben und an die Tür zu pochen.

Gegen sieben Uhr Morgens klopfte der Oberarzt an.

„Na, haben Sie sich beruhigt?“ fragte er, indem er vorsichtig die Tür öffnete.

Statt einer Antwort fiel ihm der angelehnte Körper entgegen. Man trug den Kranken wieder in sein Zimmer und legte ihn zu Bett. Nachdem er von dem Blute gereinigt war, bekam er eine Suppe zu trinken. Die Fragen des Arztes nach seinem Befinden beantwortete Horstmann nicht. Als er aber mit Mewes allein war, sagte er:

„Warum hast Du mir nicht geholfen?“

„Ich konnte nicht. Ich wollte hinuntergehen, aber die Wärter haben mich nicht in die Abteilung gelassen.“

Nachmittags kam Doktor Sinzheimer wieder. Er reichte dem Kranken die Hand und setzte sich auf den Rand seines Bettes.

„Wie geht's?“

Horstmann nickte, ohne den Arzt, der ihm Widerwillen und Furcht einflößte, anzublicken. Der Doktor ergriff seine Hand und sagte nach einer Weile:

„Der Puls geht noch schwach. Jedenfalls sind Sie heute bedeutend ruhiger. Sehen Sie jetzt ein, daß wir Sie nicht so ohne weiteres entlassen können? Sie müssen sich nach dem gestrigen Vorfall selber sagen, daß Sie krank sind. Und zwar schwerkrank. Oder glauben Sie, Sie wären gesund?“

Der Kranke, dem die Gegenwart des Arztes immer mehr zur Qual wurde, machte eine verneinende Bewegung.

„Erinnern Sie sich, was gestern Nachmittag passiert ist?“

„Nein.“

„Sie waren außerordentlich erregt und haben den Amtsrichter mit einem Spazierstock geschlagen. Das würde doch einem geistig normalen Menschen nicht einfallen, einen wildfremden Menschen, den er zum ersten Mal in seinem Leben sieht, plötzlich anzufallen. Sie können daraus ersehen, daß Sie krank sind.“

„Gestern Abend?“ murmelte Horstmann „Das soll gestern Abend gewesen sein?“

„Natürlich! Wann denn? Haben Sie alles vergessen?“

Der Kranke nickte und schloß die Augen.

Später, als der Arzt fort war, ließ er sich von Mewes eine Zeitung bringen. Er betrachtete das Datum und sagte:

„Ich will die neueste Nummer haben.“

„Das ist die neueste.“

„Haben wir heute den achten?“

„Jawohl.“

Eine Weile starrte der Kranke brütend auf die Bettdecke.

„Dann wäre ich ja nur eine Nacht da unten gewesen.“

„Das versteht sich!“ erwiderte der Wärter. „Ihnen ist wohl die Zeit lang geworden?“

„Sehr lang!“

(Fortsetzung folgt.)

dem Kampfe beteiligt gewesen wären und als ob Efferts und Erkelenz gar nicht existierten. Herr Möller hob gar in jedem folgenden Satz den vorhergehenden auf: Die Gesundheit der Bergarbeiter ist von Jahr zu Jahr schlechter geworden — aber die Zahlen darüber stimmen nicht. Es ist schwer unrecht, daß die syndizierten Unternehmer die Verhandlung mit den Gewerkschaften abgelehnt haben, aber man kann es ihnen nicht übel nehmen und muß deshalb in den Ausschüssen eine ihnen genehme Arbeitervertretung schaffen. Die Temperatur ist für die Gesundheitsschädlichkeit der Arbeiter nicht maßgebend, aber wir machen sie zum Maßstab der Arbeitszeit und so fort.

Kein Wunder, daß nach so törichtem Geschwätz die Reden der Parteivertreter keinerlei Klarheit über das Schicksal des Gesetzes schufen. Der Konservative Herr v. Heydebrand spickte seine Rede mit all den naheliegenden Bosheiten gegen die stets schwankende Regierung und äußerte eine Reihe „sehr schwerer Bedenken" gegen die Vorlage. Der Nationalliberale Schiffer fand gar, daß dieser Entwurf die Unternehmer rechtlos mache, verteidigte sogar das Wegennullen und gab in der Forderung nach einer „ruhigen" Beratung den ersten Hinweis auf eine Verschleppung nach Art der Kanalvorlage. Aber beide sprachen kein klares Nein aus, ebensowenig wie die Regierung gegenüber den von ihnen angekündigten Verschlechterungsanträgen. Der Freisinnige Dr. Max Hirsch und der Zentrumsführer Spahn spielten ihnen gegenüber die sozial Fortgeschrittenen, begnügten sich aber beide mit dem Regierungsentwurf, wie aus dem ausführlichen Bericht zu ersehen ist, den wir in der Beilage veröffentlichen. Morgen geht die Debatte weiter. Im Herrenhause beklagte sich unterdessen der Präsident Fürst zu Inn- und Knyphausen, unterstützt von Herrn v. Manteuffel, darüber, daß ihnen nicht zuerst die Berggesetze zur Verschlechterung zugegangen seien. Im übrigen redeten die geborenen Gesetzgeber Richtigkeiten.

Russische Schmerzen.

Ueber die Warschauer Bombenwürfe läßt die Zensur nur wenig Nachrichten passieren. Wir erfahren durch die Petersburger Telegraphen-Agentur: Der Urheber der Bombenexplosion in der Vorstadt Praga sei der 18jährige, aus dem Bezirk Kowonisk stammende Schlosser Stefan Orjeja. Das ein so junger Mann schon bereit ist, für die Freiheit sein Leben zu opfern, ist ein schönes Zeugnis für die ganze Arbeiterklasse Rußlands. Ferner wird gemeldet: Der Anschlag auf die Polizeistation scheint eigens zu dem Zweck ins Werk gesetzt worden zu sein, den Polizeimeister Baron Nolcken zu veranlassen, sich auf die Polizeistation zu begeben. Die Person, die den Anschlag auf den Polizeimeister ausübte, scheint selbst bei der Flucht verwundet worden zu sein. Wie der Warschauer Korrespondent der „Petersburger Telegraphenagentur" melden muß, ist die Nachricht, die Warschauer Polizei habe in einem ausgemauerten Grabe des Wawonski-Kirchhofes 80 Bomben entdeckt, nach auf dem Kirchhof eingezogenen Erkundigungen unrichtig. Man [illegible]

Unruhen.

In Jalta (Gouvernement Taurien) sind fast alle Magazine, Branntweinbuden und das Polizeiamt zerstört, einige Läden wurden in Brand gesteckt. Seit Montag früh ist die Stimmung sehr erregt, das Eintreffen von Truppen wird erwartet. Die Post wird durch Soldaten bewacht. Der Stadtrat ist zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen worden.

Die Bevölkerung von Sewastopol ist infolge der Nachrichten über die Unruhen in Jalta erregt. Die aus dem Norden kommenden Reisenden, deren Ziel Jalta ist, bleiben hier. Der Polizeichef von Jalta ist verwundet. Es werden Kriegsschiffe mit Matrosen und 3 Kompagnien Soldaten nach Jalta gesandt.

Aus Kotschan wird gemeldet, daß die dortige Bevölkerung sich in Aufruhr befindet. Die russischen Einwohner seien geflüchtet.

1500 Handlungsgehilfen in Samara beschlossen infolge Weigerung der Prinzipale, die Arbeitszeit einzuschränken, in den Ausstand einzutreten.

Die Friedensgerüchte.

Gegenüber der Mitteilung des „Reuter'schen Bureaus", der zufolge am Freitag im Ministerkomitee die Friedensfrage besprochen wurde und sich die Mehrheit prinzipiell dahin ausgesprochen habe, daß der Augenblick günstig zur Einleitung von Friedensverhandlungen sei, erklärt die „Petersburger Telegraphen-Agentur", daß die Meldung schon deshalb unrichtig sei, weil am Freitag keine Sitzung des Ministerkomitees stattgefunden habe.

In der Mandschurei.

Die letzten Nachrichten aus Gensschulin besagen, daß auf der ganzen Front vollkommene Ruhe herrsche. Es ist nicht einmal ein kleines Scharmützel vorgekommen. Die vor kurzem verbreitete Nachricht, wonach das in Mukden zurückgebliebene russische Sanitätspersonal, darunter vierzig barmherzige Schwestern, sowie zahlreiche Verwundete, von den Chinesen getötet worden seien, bestätigt sich nicht. — Von privater Seite werden neue große Umgehungsmanöver der Japaner angekündigt.

General Oyama meldet, daß von den Nichtkombattanten, die in der Schlacht bei Mukden in die Hände der Japaner fielen, folgende entlassen worden sind: Bei der Front unserer Avantgarde 47 im Offiziersrang, 359 im Unteroffiziersrang stehende Personen, 9 Pflegerinnen, 2 Priester und 4 Kaufleute, die der Armee attachiert waren. Auf ihren Wunsch werden in Tschifu bezw. in Schangdai entlassen: 23 im Offiziersrang, 298 im Unteroffiziersrang stehende Personen und 23 Pflegerinnen.

Politische Uebersicht.

Die Frommen beim Essen. Kürzlich feierte der Vizepräsident des evangelischen Ober-Kirchenrats seinen 70. Geburtstag. Aus diesem Anlaß veranstaltete die oberste evangelische Kirchenbehörde am zweiten Passions-Sonntag im Künstlerhause ein Festmahl, bei dem das Kuvert **18** — lage und schreibe achtzehn — Mark kostete. Dazu bemerkt der „Reichsbote":

„Daß der Oberkirchenrat den 70. Geburtstag seines zweiten Präsidenten feiert, ist eigentlich selbstverständlich; daß derselbe in die Passionszeit fällt, dafür kann er nichts; der hohe Preis des Kuverts rührt daher, daß darin auch der Wein eingeschlossen war; aber immerhin wäre es besser gewesen, sich mit einem einfachen Mahl zu begnügen und es statt an einem Passions-Sonntag an einem Wochentage abzuhalten. Wenn die liberale Presse das für ihre Zwecke ausnutzt, so kann man ihr das nicht verdenken. Uebrigens wissen wir, daß das auch in den Kreisen der Geladenen Anstoß erregte. Solche Anstöße sollte man in unserer ernsten Zeit vermeiden."

Wenn die frommen Herren wieder einmal über die Genußsucht der niederen Volksschichten eifern, so wird man sie allerdings an ihr lukullisches Passionsmahl erinnern.

Freiheit, die ich meine! Aus Göttingen meldet die „Frankf. Ztg.":

In einem Dorfe bei Einbeck wollte kürzlich ein dem Arbeiter-Turnerbund angehörender Turnverein sein Fahnenweihfest feiern. Bevor dieses Fest polizeilich genehmigt wurde, mußte jedoch die Zeichnung der neuen Fahne höheren Ortes vorgelegt werden. Die Zeichnung an sich wurde zwar nicht beanstandet, aber sie war mit einem freien Sinnspruch und dem „Frei Heil" versehen, und das soll nicht sein. Als die Zeichnung an den Verein zurückgelangte, erkannte man sie kaum mehr — alles Freie war gestrichen! Für das „Frei Heil" mußte das „Gut Heil" gewählt werden, wollte man das Fest nicht in die Brüche gehen lassen.

„Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei, und wär' er in Ketten geboren," sang Schiller. Doch das ist lange her, und im Schiller-Jahre ist die Freiheit ein verpönter Begriff.

Lebhafte Sehnsucht nach der Prügelstrafe bekundet wieder einmal Dr. Oertel, der Redakteur des Bündlerorgans angesichts der Annahme des Prügelstrafengesetzes in Dänemark. Oertel ist darüber natürlich ganz Freude und Begeisterung, die er schließlich in folgendem Satze ausklingen läßt: „Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß Deutschland über kurz oder lang diesem Vorgehen des dänischen Reiches folgen werde." Gegen Roheitsvergehen will Knuten-Oertel die Prügelstrafe. Ist aber eine große Rohheit in einem Kulturstaate denkbar wie die Einführung von Martern, die Wiederaufhebung von Folterkammern in der Strafvollstreckung, besonders in einer Zeit, wo sich die Erkenntnis immer mehr Bahn bricht, daß Verbrecher zum großen Teil nicht nur Opfer der Verhältnisse, sondern auch unglücklicher geistiger und körperlicher Veranlagung sind, und wo die Prügelstrafe längst als ein Mittel erwiesen ist, das nur Menschen verrohen, aber niemals bessern kann. — Prügel verrohen — denjenigen, der sie erhält und denjenigen, der sie austeilt. Am verrohtesten von allen scheint uns aber derjenige, der ohne jede direkte Beziehungen zu den Prügeln solche für andere verlangt, in diesem Falle also Knuten-Oertel.

Der Uebergang des Begräbniswesens von der kirchlichen auf die bürgerlichen Gemeinden ist im Großherzogtum Hessen geplant. Eine darauf abzielende Vorlage soll nach der „Frankfurter Zeitung" im gesetzgebenden Ausschuß des hessischen Landtages bereits eine endgültige Fassung erhalten haben. Durch die Einführung eines weiteren Artikels soll bestimmt werden, daß jede Gemeinde durch Ortsstatut eine Begräbnis- und Friedhofsordnung zu erlassen hat, welche die religiösen Anschauungen der Konfessionsgemeinden und religiösen Verbände zu berücksichtigen hat und vom Ministerium des Innern genehmigt werden muß. Auf Wunsch einiger Mitglieder des Ausschusses wird ausdrücklich hierzu bemerkt, daß unter religiösen Anschauungen der Konfessionsgemeinden und religiösen Verbände nicht ein Wunsch auf räumliche Trennung durch eine Mauer oder dergleichen auf den Friedhöfen gemeint sein kann. Die Frage, ob einer Kirchengemeinde oder Kirche, der durch das Gesetz eine Beerdigungsberechtigung entzogen wird, eine Entschädigung von der bürgerlichen Gemeinde zu gewähren ist, soll eventuell im Verwaltungsstreitverfahren entschieden werden.

Der neu ernannte Minister des Innern, von Bethmann-Hollweg, hat am Sonnabend die Dienstgeschäfte übernommen und ließ sich die Beamten des Ministeriums vorstellen. Der Minister gedachte in einer Ansprache an die Beamten in warmen Worten seines Amtsvorgängers und sprach die Bitte aus, seiner eigenen Amtsführung dasselbe Vertrauen entgegenzubringen. v. Bethmann war heute zum ersten Male im Abgeordnetenhause erschienen und wohnte den Beratungen der Bergnovelle bei.

Aus Deutsch-Südwest-Afrika. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Reiter Josef Türken im Gefecht bei Gockas gefallen. — Kriegsfreiwilliger Franz Daub schwer verwundet. — Reiter Johannes Böll am 22. März im Lazarett Kaiserstein am Typhus gestorben. — **Treiber Hermann Gummert aus Groß-Pendorf bei einem tätlichen Angriff auf den Posten in Lüderitzbucht erschossen.**

Ein Anarchistenkongreß soll während der Pfingstfeiertage in einer Stadt Mitteldeutschlands abgehalten werden. Nach der „Nationalzeitung" fand am Sonntag eine Haussuchung in der Redaktion des „Anarchist" statt. Gesucht wurde nach dem Manuskript der Broschüre „Der soziale Generalstreik".

Verunglückte Polizeiaktion. Die „Simplicissimus"-Redakteure Ludwig Thoma in München und Linnekogel in Stuttgart hatten sich in Stuttgart wegen Beleidigung der Königsberger Polizei zu verantworten, die sich durch den Artikel Staatshoheit der Nr. 51 von Mitte März 1904 verletzt fühlte. In dem Artikel wurde die bekannte Studentenauslieferung an Rußland scharf gegeißelt. Beide Angeklagte sind kostenlos freigesprochen worden. — Es war also nichts!

Ein nationalliberaler Preßsünder. Die Strafkammer in Hannover verurteilte heute den Chefredakteur Jakobi vom „Hannover'schen Kurier" wegen Beleidigung der katholischen Geistlichkeit im Saargebiet anläßlich des Berichtes über den Hilger-Lehnen-Prozeß zu 200 Mark Geldstrafe nebst Kosten.

Ausland.

Eine Arbeitslosendebatte im schweizerischen Nationalrat. Nahezu 11 Jahre sind vergangen, seitdem der Bundesrat beauftragt wurde, zu untersuchen, ob und in welcher Weise eine Mitwirkung des Bundes bei Institutionen für öffentlichen Arbeitsnachweis und für Schutz gegen die Folgen unverschuldeter Arbeitslosigkeit möglich und gerechtfertigt sei. In der Sitzung vom 21. März endlich unterbreitete der Bundesrat einen Antrag, wonach er von dem Parlamente beauftragt werden sollte, über die Förderung des Arbeitsnachweises eine Vorlage einzubringen. Von einer Lösung der Frage der Arbeitslosenversicherung hingegen vorläufig noch abgesehen. Mit der Lösung der Frage war auch eine Kommission beauftragt gewesen, die nun in ihrem Bericht um ein Weniges weiter ging; nach ihren Vorschlägen sollte noch weiter „geprüft" werden. Dem gegenüber stellte die Minderheit der Kommission den Antrag, der Bundesrat sei einzuladen, die Frage der Arbeitslosenversicherung durch die Gewerkschaften zu prüfen. In einer trefflichen Rede begründete der Genosse Greulich den Minderheitsantrag. Er verwies darauf, daß die Gewerkschaften zu einem großen Teil schon heute die Fürsorge für die Arbeitslosen ihres speziellen Berufs übernommen haben. Wiedenn nicht? Auf einmal ist es allerdings nicht möglich, aber nach der Staat Handelskammern, Bauernvereinigungen 2c. [illegible], so sei es auch durchaus gerechtfertigt, wenn er die Gewerkschaften in ihrem Bestreben unterstütze. Die Regierung scheue sich, die „Kampforganisationen" der Arbeiter zu unterstützen, und doch liege deren Wirksamkeit im allgemeinen, insbesondere aber bezüglich der Unterstützung der Arbeitslosen im Interesse der Gesamtheit der Bevölkerung. Das Resultat der Debatte war die Annahme des Antrages der Kommissionsmehrheit; für den Zusatz Greulich stimmten nur unsere Genossen.

Arbeiterbewegung.

Sonderbare Blüten treibt das Streikbrechertum in den Vereinigten Staaten. Es liegt dort der Bevölkerung aller Schichten unendlich viel mehr im Blute, sich schon von Jugend auf eingehend technisch und praktisch zu beschäftigen. Fast jedermann weiß mit Schiffen, Waffen, Maschinen, Pferden und Wagen 2c. sehr gut umzugehen, besonders auch die Studenten der Universitäten. Diese nützlichen Kenntnisse arten aber im typischen Lande des Kapitalismus eigenartig aus. Da ist im „Worker" zu lesen, daß „vor zwei Jahren Studenten der Yale Universität bei einem Droschkerstreik als Kutscher fungiert haben, daß im Februar bei einem drohenden Eisenbahnerstreik sich 200 Studenten, zum großen Teil mit Erfolg, zu technischen Prüfungen gemeldet haben, um im Notfalle als Lokomotivführer und Heizer, also als Streikbrecher, zu dienen."

Die jungen Herren scheuen sich nicht, für bar Geld dem kämpfenden Volke in die Flanken zu fallen. Arbeit ehrt, aber nur am rechten Orte. Hier ist sie eine Schande.

Um Lohnerhöhungen sind auch der Oberbürgermeister und einige Stadträte Berlins eingekommen. Der Etatsausschuß bewilligte für den Oberbürgermeister 6000 Mk., für drei Stadträte je 3000 Mk. Zulage. Die Zulagen für städtische Arbeiter, soweit solche bewilligt wurden, bewegten sich in weit geringeren Grenzen; sie begannen mit 2 Pf. pro Arbeitsstunde.

Die gänzliche Abschaffung der Nachtarbeit wollen die außerhalb der Innungen stehenden Berliner Bäckermeister herbeiführen. Zur Begründung wird angegeben, daß die Bäckermeister durch Beseitigung der Nachtarbeit am meisten profitieren würden. Wenn vorderhand auch noch gar keine Aussicht besteht, daß aus diesem Vorhaben etwas werden könnte, so sind diese Stimmen des Fortschrittes in einem betriebstechnisch so zurückgebliebenen Gewerbe doch sehr bemerkenswert.

Die Leipziger Tapezierer befinden sich in einer Lohnbewegung. Erst hatte es den Anschein, als sollte dieselbe friedlich verlaufen. Eine Kommission wurde mit der Verhandlung mit der Zwangsinnung und den ihr nicht angehörigen Firmen betraut. Das Ergebnis der Verhandlungen war Arbeitsverkürzung um eine Stunde wöchentlich, 10 Prozent Lohnerhöhung. Nichtfestlegung des Anfangslohnes für Ausgelernte, nach dem ersten Gehilfenjahre 50 oder 52 Pf. stündlich, 2 bis 3 Mk. für volle Auslösung und je nach den örtlichen Verhältnissen ohne Uebernachten bis 1.25 Mk. Durch das Verhalten einer Innungsversammlung kam es zum Bruch: es wurde dort sogar eine Verschlechterung der bis jetzt bestehenden Abmachungen angenommen, und so sahen sich die Tapezererhilfen gezwungen, bis auf weiteres die Arbeit niederzulegen. Bis zur Stunde stehen 306 Tapezierer im Streik, darunter 280 organisierte.

Die Schneider Nürnbergs erklärten in einer Versammlung, daß sie bereit seien, eine Tarifvereinbarung zu erstreben, und beauftragten ihre Organisation, die Vorarbeiten zur Vorlage eines entsprechenden Entwurfs an die Unternehmer in die Wege zu leiten. Eine Bewegung der Schneider, die darauf hinausging, die seit 1901 bestehenden, aber den Verhältnissen nicht mehr entsprechenden Lohntarife, die sich in drei Abstufungen bewegen, einer Revision zu unterziehen, hatte vollen Erfolg, da die Unternehmer die abgeänderten Tarife unterzeichneten. Nur bei zwei Firmen machte sich ein Streik notwendig, der aber nach wenigen Tagen durch das Nachgeben der Unternehmer beendigt war.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 28. März.

Breslauer Stadtverordneten-Versammlung.

Neben der Arbeiter-Debatte, die wir an anderer Stelle unseres Blattes wiedergeben, nahm nur ein Beratungsgegenstand die Zeit und die Aufmerksamkeit der Stadtväter längere Zeit in Anspruch. Es war der Etat für das Volksschulwesen, bei dem der Etatausschuß vorschlug, 100,000 Mark vom Schulhausbaufonds zu streichen und ferner die beantragten Singschulen vorläufig fallen zu lassen. Der Referent, Stadtv. Drischel, befürwortete den Ausschußantrag in längerer Rede. Insbesondere wurde hervorgehoben, daß der Schulhausbaufonds reichlich bemessen sei, daß es nicht erforderlich wäre, 100,000 Mk. überflüssig zu bewilligen. Was die Singschulen anbetrifft, so müsse daran festgehalten werden, daß die Volksschule zunächst eine Anstalt der Erziehung zur Arbeit und zur Pflicht und in letzter Linie zum Genießen sei. Deshalb sollten die Singschulen vorläufig gestrichen werden.

Hierüber entspann sich eine sehr lange Debatte an der sich vom Magistrat der Bürgermeister Muehl, Stadtschulrat Dr. Pfundtner, Stadtbaurat Plüddemann und Kämmerer Matthes beteiligten, die gegen den Abstrich der 100,000 Mk. vom Baufonds sich wandte und auch ein Wort für die Singschulen einlegten. Für die Einrichtung der Singschulen traten sehr lebhaft der liberale Stadtv. Ehrlich II ein, der u. a. betonte, daß der Gesang unserer jungen Leute sehr wenig angenehm sei und oft — bei Reservisten und dergl. — einem Gegröhle ähnlich sei. Eine Bemerkung, die lebhaften Widerspruch hervorrief. Ferner sprachen für Beibehaltung der 100,000 Mark im Baufonds und für Errichtung der Singschulen die Stadtvv. Biller, Simon und Zebulla. Stadtv. Heilberg hatte Bedenken, den Baufonds gar zu reichlich zu bemessen, da sich gezeigt habe, daß die bewilligten Summen nur selten aufgebraucht würden. Entschieden für die Streichung sprach Stadtv. Oettinger. Unser Genosse Schütz führte zu diesen Fragen, die die Arbeiterschaft nahe angehen, etwa folgendes aus:

Schon im vorigen Etat ist der Schulhausbaufonds um 100,000 Mark gekürzt worden. Anstatt nun in diesem Jahre eine höhere Summe einzustellen, schlägt der Etatsausschuß vor, von den üblichen 400,000 Mk. 100,000 Mk. abzusetzen. Allerdings sollen die Steuerzuschläge um einige Prozent herabgesetzt werden. Ich muß aber sagen, um diesen Preis ist mir das zu bringende Opfer zu groß. Herr Geheimrat Plüddemann hat Ihnen vorgeführt, welche Summen in diesem Jahre verbaut werden können. Wir müssen darauf drängen, daß schneller gebaut wird. Ist es aber ein Wunder, daß, wenn in dieser Weise gebremst wird, das Tempo sich verlangsamt. Herr Oettinger sagt, wir können die Mietschulklassen nicht los werden. Ja, warum

und nach. Die Verhältnisse haben sich in den letzten zehn Jahren bedeutend verschlechtert. Vor zehn Jahren waren zehn **Prozent der Volksschulklassen** in gemieteten Räumen untergebracht, jetzt aber von 1091 Klassen nicht weniger als 198, das sind **reichlich 18 Prozent** in dieser Weise untergebracht. Es kommt aber ein weiteres Moment hinzu, die Räume für die untersten Klassen unserer Volksschulen wurden so groß bemessen, daß in diesen **70, ja 80** Kinder Unterkunft finden können. Das ist ein unhaltbarer Zustand, den schnell zu beseitigen wir alle Veranlassung haben. Auch bitte ich Sie, die geforderten 1000 Mark für die zwei Singschulen bewilligen zu wollen, die Summe ist so lächerlich gering, daß es sich kaum verlohnt, darüber zu sprechen. Sorgen wir durch die Kultivierung guten Gesanges, daß die **Gassenhauer mehr und mehr verschwinden** und das deutsche Volkslied Anerkennung findet. „Wo man singt, da laß dich ruhig nieder, böse Menschen haben keine Lieder!", die Mitglieder des Etatsausschusses, die uns die Absetzung dieser minimalen Summe vorschlagen, scheinen zu der zweiten Kategorie vom Menschen zu gehören. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich bitte Sie dringend, den Antrag des Etatsausschusses abzulehnen.

Der Antrag des Etatsausschusses wurde schließlich angenommen, die Singschulen und die 100,000 Mark vom Baufonds sind also aus dem Etat gestrichen. Im übrigen wurde der Volksschuletat ohne weitere Aenderungen genehmigt.

Debattelos bewilligt wurden ferner folgende Etats: Allgemeine Verwaltung verschiedener Einnahmen und Ausgaben, Armen- und Pflegeanstalten, Claassensches Siechenhaus, Arbeitshaus, Lehrerbesoldungen, Elisabeth-, Magdalenen- und Johannesgymnasium, Realgymnasium am Zwinger, die drei Realschulen, die beiden Knaben-Mittelschulen, das chemische Untersuchungsamt, Desinfektionsanstalt, Marktwesen, Schuldenwesen, Reformschule zum heiligen Geist, die höheren und mittleren Mädchenschulen, Stadtbibliothek und Volksbibliotheken.

Außerdem kamen noch einige kleinere Vorlagen — Vertragsverlängerungen und dergleichen — zur Erledigung.

---

* **Im Sozialdemokratischen Verein** sprach gestern Abend Genosse Löbe über die Reorganisation der Partei. Redner legte die Geschichte dieses Plans dar, der von Breslau ausgegangen, in der „Volkswacht" in einer Reihe von Artikeln erörtert und auch in der gesamten Parteipresse eingehend debattiert wurde. Nach dem Parteitag in Bremen habe sich wiederholt eine aus allen Landesteilen bestehende 21gliedrige Kommission in Berlin mit dem Gedanken einer strafferen zentralistischen Organisation der Partei beschäftigt, die nun bestimmte Beschlüsse gefaßt habe. Ueber das Maß dieser strafferen zentralistischen Organisation seien zwar die Meinungen auseinandergegangen, aber man habe schließlich einen gangbaren Mittelweg gefunden. Genosse Löbe ging in seinem Vortrage die Einzelheiten der in der Kommission gepflogenen Verhandlungen durch und skizzierte die gefaßten Beschlüsse. Da dieselben demnächst veröffentlicht werden, dürfen wir uns eine Wiedergabe der Einzelheiten jetzt ersparen.

In die Agitationskommission für den Bezirk Breslau wurden die Genossen Härtel-Hartlieb, Löbe und Schütz gewählt.

Einer Anregung des Genossen Albert zufolge erklärt sich die Versammlung mit der Veranstaltung eines Projektions-Vortrages über die russische Freiheitsbewegung einverstanden. Der Vorstand hat sich zu diesem Zwecke mit dem Vortragenden, Ingenieur P. Grempe, rechtzeitig in Verbindung zu setzen. Ueber unsere Schillerfeier fand eine rege Aussprache statt. Zunächst wurden einige Wünsche bezüglich einer Tellaufführung laut und speziell eine gerechte und rechtzeitige Ausgabe der Billets gefordert. Genosse Schütz teilte dann mit, daß einige Herren von der Stadtverwaltung mit der Frage an ihn herangetreten seien, ob die sozialdemokratische Partei sich an dem Festzug am 9. Mai zu Ehren Schillers beteiligen wolle. Redner habe natürlich keine bindende Antwort geben können. Es nahmen hierzu die Genossen Rother, Löbe, Albert, Zahn, Steinbrecher, Scholich, Radlof und Fischer das Wort. Der größere Teil der Redner steht auf dem Standpunkt, daß man sich an einer Feier nicht beteiligen könne, die von arbeiterfeindlichen Leuten arrangiert würde, die heute Schiller feiern und morgen die Interessen der Arbeiter mit Füßen treten, also dem Geiste Schiller's schroff zuwiderhandeln. Der Antrag, sich an dem Festzuge nicht zu beteiligen, wurde auch mit großer Majorität angenommen.

* **Die Frühjahrs-Kontrollversammlungen für 1905** werden mit sämtlichen Mannschaften des Beurlaubtenstandes der Reserve (Jahresklassen 1897—1904) sowie der Landwehr I. Aufgebots (Jahresklassen 1892—1896) wie folgt abgehalten:

I. Provinzial-Infanterie.

1. Meldeabteilung auf der Friedrich-Wilhelmswiese im Bürgerwerder. Sammelplatz vor Kaserne 7. Sonnabend, 1. April, Jahresklasse 1901, Buchstaben A bis K um 7 Uhr Vormittags, Buchstaben L bis Z um 10 Uhr Vormittags. Dienstag 4. April, Jahresklasse 1897, Buchstaben A bis K um 7 Uhr Vormittags, Buchstaben L bis Z um Vormittags 10 Uhr. Donnerstag, 6. April, Jahresklasse 1893, Buchstaben A bis K um 7 Uhr Vormittags, Buchstaben L bis Z um 10 Uhr Vormittags.

2. Meldeabteilung auf der Friedrich-Wilhelmswiese im Bürgerwerder. Sammelplatz vor Kaserne 7. Montag, 3. April, Jahresklasse 1899 und 1903, Buchstaben A bis K um 7 Uhr Vormittags, Buchstaben L bis Z um 10 Uhr Vormittags. Mittwoch, 5. April, Jahresklasse 1895, Buchstaben A bis K um 7 Uhr Vormittags, Buchstaben L bis Z um 10 Uhr Vormittags.

3. Meldeabteilung Westend-Kaserne, Exerzierhaus. Sammelplatz: Westend, unmittelbar am Eisenbahndurchgang. Sonnabend, 1. April, Jahresklasse 1900 und 1904, Buchstaben A bis K um 7 Uhr Vormittags, Buchstaben L bis Z um 10 Uhr Vormittags. Dienstag, 4. April, Jahresklasse 1896, Buchstaben A bis K um 7 Uhr Vormittags, Buchstaben L bis Z um 10 Uhr Vormittags. Donnerstag, 6. April, Jahresklasse 1892, Buchstaben A bis K um 7 Uhr Vormittags, Buchstaben L bis Z um 10 Uhr Vormittags.

4. Meldeabteilung Westend-Kaserne, Exerzierhaus. Sammelplatz: Westend, unmittelbar am Eisenbahndurchgang. Montag, 3. April, Jahresklasse 1902, Buchstaben A bis K um 7 Uhr Vormittags, Buchstaben L bis Z um 10 Uhr Vormittags. Mittwoch, 5. April, Jahresklasse 1898, Buchstaben A bis K um 7 Uhr Vormittags, Buchstaben L bis Z um 10 Uhr Vormittags. Freitag, 7. April, Jahresklasse 1894, Buchstaben A bis K um 7 Uhr Vormittags, Buchstaben L bis Z um 10 Uhr Vormittags.

II. Alle anderen Waffen.

5. Meldeabteilung im Bürgerwerder (Reitbahn der Artillerie, nach dem Garnisonlazarett gelegen. Sammelplatz: Vor Kaserne 7. Montag, 3. April, um 8 Uhr Vormittags, Provinzial-Kavallerie, Jahresklassen 1897—1903, um 10 Uhr Vormittags, Provinzial-Kavallerie, Jahresklassen 1892—1896. Mittwoch, 5. April, um 8 Uhr Vormittags, Provinzial-Train, Jahresklassen 1897—1903, um 10 Uhr Vormittags, Provinzial-Train, Jahresklassen 1892—1896. Freitag, 7. April, um 8 Uhr Vormittags, Provinzial-Krankenträger, Jahresklassen 1897—1902, um 10 Uhr Vormittags, Provinzial-Krankenträger, Jahresklassen 1892—1896.

6. Meldeabteilung im Hoframme der Stadtgraben-Kaserne (Elfer-Kaserne). Sammelplatz: Palaisplatz am Museum. Montag, 3. April, um 7 Uhr Vormittags, sämtliche Reservemannschaften der Garde, Jahresklassen 1897—1904, um 10 Uhr Vormittags, sämtliche Landwehrmannschaften I. Aufgebots der Garde, Jahresklassen 1892—1896. Mittwoch, 5. April, um 7 Uhr Vormittags, sämtliche Ersatzreservisten der Jahresklasse 1892, um 10 Uhr Vormittags, sämtliche Ersatzreservisten der Jahresklasse 1894. Freitag, 7. April, um 7 Uhr Vormittags, sämtliche Ersatzreservisten der Jahresklasse 1896, um 10 Uhr Vormittags, sämtliche Ersatzreservisten der Jahresklasse 1898. Montag, 10. April, um 7 Uhr Vormittags, sämtliche Ersatzreservisten der Jahresklasse 1900, um 10 Uhr Vormittags, sämtliche Ersatzreservisten der Jahresklasse 1902 und 1904.

7. Meldeabteilung im Bürgerwerder im Exerzierhause der Infanterie. Sammelplatz: Vor Kaserne 7. Montag, 3. April, um 8 Uhr Vormittags, Provinzial-Jäger, Maschinengewehrabteilung und Verkehrstruppen (Eisenbahn-, Telegraphen- und Luftschiffer-Truppen), Jahresklasse 1892—1903. Mittwoch, 5. April, um 7 Uhr Vormittags, sämtliche Ersatzreservisten der Jahresklasse 1893, um 10 Uhr Vormittags, sämtliche Ersatzreservisten der Jahresklasse 1895. Freitag, 7. April, um 7 Uhr Vormittags, sämtliche Ersatzreservisten der Jahresklasse 1897, um 10 Uhr Vormittags, sämtliche Ersatzreservisten der Jahresklasse 1899. Montag, 10. April, um 8 Vormittags, sämtliche Ersatzreservisten der Jahresklasse 1901 und 1903.

8. Meldeabteilung im Bürgerwerder (Reitbahn des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 6, nach der Straße „An den Kasernen" gelegen). Sammelplatz: Vor der Kaserne 7. Sonnabend, 1. April, um 8 Uhr Vormittags, Provinzial-Fußartillerie, Jahresklassen 1892—1903, um 10 Uhr Vormittags, Provinzial-Feldartillerie, Jahresklassen 1892, 1893 und 1894. Dienstag, 4. April, um 8 Uhr Vormittags, Provinzial-Feldartillerie, Jahresklassen 1895, 1896 und 1897, um 10 Uhr Vormittags, Provinzial-Feldartillerie, Jahresklassen 1898, 1899 und 1900. Donnerstag, 6. April, um 8 Uhr Vormittags, Provinzial-Feldartillerie, Jahresklassen 1901, 1902 und 1903.

9. Meldeabteilung im Bürgerwerder im Exerzierhause der Infanterie. Sammelplatz: Vor Kaserne 7. Sonnabend, 1. April, um 7 Uhr Vormittags, Marine und Marine-Ersatzreserve, Jahresklassen 1892—1903, um 10 Uhr Vormittags, Arbeitssoldaten, Zeitig-, Halb- und Zeitig-Ganzinvaliden sämtlicher Waffengattungen, ausgebildete dienstunbrauchbare und als dienstuntauglich zur Disposition der Ersatzbehörden entlassene Mannschaften, Jahresklassen 1892—1904. Dienstag, 4. April, um 7 Uhr Vormittags, Sanitäts- und Veterinär-Personal und Militärbäcker, Jahresklassen 1892—1904, um 10 Uhr Vormittags, Provinzial-Pioniere, Büchsenmacher und Büchsenmachergehilfen sowie geprüfte Waffenmeister sämtlicher Waffengattungen, Jahresklassen 1892—1904. Donnerstag, 6. April, um 7 Uhr Vormittags, Provinzial-Oekonomie-Handwerker, Jahresklassen 1892—1902.

Die Jahresklasse ist auf dem Deckel des Militärpasses vermerkt. Weitere Befehle gehen den Kontrollpflichtigen nicht zu. Versäumnisse haben Strafen zur Folge. Die Militärpapiere sind mitzubringen. Befreiung von der Kontrollversammlung wird nur in den dringendsten Fällen genehmigt.

* **Beim bevorstehenden Wohnungswechsel** richten wir an unsere Leser das dringende Ersuchen, rechtzeitig der Zeitungsträgerin die neue Adresse übermitteln zu wollen. Ein Zettel, auf dem die neue Wohnung vermerkt ist und der dem „Volkswacht"träger übergeben wird, ist das beste Mittel, um eine Unterbrechung der Zustellung zu verhindern. Gerade um den Monatsersten wundern sich viele, wenn plötzlich die gewohnte Lektüre ausbleibt. Dann schelten sie wohl tüchtig auf die Botenfrau, die ihnen die „Volkswacht" nicht mehr bringt und vergessen dabei, daß sie es selbst unterlassen haben, ihren Wohnungswechsel kund zu geben. Um derartige Unannehmlichkeiten zu vermeiden, bitten wir dringend, rechtzeitig von einem bevorstehenden Umzug dem Kolporteur Mitteilung zu machen.

* **Ein schwarzer steifer Hut** ist am Sonntag im Gewerkschaftshause nach dem Konzert auf der Galerie vertauscht worden. Es wird gebeten, diesen am Buffet abzugeben, wogegen der andere Hut in Empfang genommen werden kann.

* **Die wilde Baumethode** hat wieder einmal einen Bau-Einsturz zur Folge gehabt. Vor etwa acht Tagen bereits zeigte der Ohlauer Chaussee belegene Neubau, der von dem Maurermeister Kopale ausgeführt wird, eine Menge Risse. Der Giebel senkte sich und die Fensterbogen stürzten ein. Montag Abend ist nun **der ganze Giebel eingestürzt.** Das nach dem Hofe zu gelegene Treppenhaus zeigte gleichfalls Sprünge. Es wurden deshalb in der vergangenen Woche bereits die gemauerten Fensterbogen eingerissen und eiserne Träger in das Mauerwerk eingezogen. Bei dieser äußerst gefährlichen Arbeit wurden die Maurer vom Polier noch sehr getrieben. Sehr sonderbar mutet es an, daß die Baupolizei, die in jener Gegend fortgesetzt zu tun hat, diese Arbeiten nicht inhibierte und den Bau sperrte. Erzählt wird uns, daß der Bau **während des Winters in die Höhe getrieben** wurde. Neben unvollkommener Grundlegung kommt als Ursache des Einsturzes auch erfrorener Mörtel in Betracht. Sachverständige sind der Meinung, daß man es hier keineswegs etwa mit einem Einzelfall zu tun habe. Bei zahlreichen anderen Bauten würde es ebenso kommen, wenn nicht infolge Anfügung eines Nachbarhauses immer ein mangelhafter Bau den andern stützte.

* **Handlungs- oder Gastwirtsgehilfe?** Ein interessanter Streitfall spielte sich zwischen dem Handlungsgehilfen Franke und dem Oekonom des „Schweidnitzer Keller", Kluge, vor dem Kaufmannsgericht ab. Ersterer wollte eine Entschädigung haben, wegen Vertragsbruchs, weil er infolge Krankheit unter Mißachtung der diesbezüglichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs entlassen worden war. Kluge beantragte die Abweisung der Klage. Der Kläger sei bei ihm als Gastwirtsgehilfe, nicht als Handelsangestellter tätig gewesen. Er habe zwar den Verkaufsstand für Zigarren und Ansichtspostkarten unter sich gehabt, aber an den Waren werden die Verkaufspreise von ihm selbst angebracht, sodaß von einer kaufmännischen Tätigkeit des Beklagten nicht geredet werden könne. Gegenwärtig ist der Zigarrenverkauf einem Haushälter übertragen worden. Er habe mit dem Kläger auch von vornherein entsprechendes vereinbart, denn als Handlungsgehilfen hätte er ihn garnicht beschäftigen können, weil sich in seinem Betriebe weder die Bestimmungen betreffend die Sonntagsruhe noch über den Neunuhr-Ladenschluß innehalten ließen. Das Gericht erachtete eine kaufmännische Tätigkeit des Klägers für vorliegend. Es komme auch noch hinzu, daß Kläger als Kaufmann gelernt habe und der Beklagte im Handelsregister eingetragen ist. Es kam daraufhin ein Vergleichszustande, nach welchem Kluge einen zweiten Zigarrenstand errichtet, um den Kläger bis zum Ablauf der gesetzlichen Kündigungsfrist zu beschäftigen.

Landeshut, 28. März. Der Landrat und seine Steuern. Vor reichlich vier Wochen machten wir auf das seltsame Verhalten des Landrats des Landeshuter Kreises, Dr. von Doetinchem de Rande, aufmerksam, der gegen die Bestimmungen des Gesetzes einer Sitzung der Steuerveranlagungskommission, welche über seine, des Landrats, eigene Veranlagung zu beschließen hatte, als Vorsitzender der Kommission beigewohnt hatte. Am Mittwoch findet nun in Landeshut wieder ein Kreistag statt, anläßlich dessen man sich fragen konnte, ob es nicht angesichts der stets vorhandenen Schwierigkeit, dem Kreishaushaltsetat ein günstiges Aussehen zu geben, von Vorteil wäre, gewisse Posten einer kleinen Revision zu unterziehen. „Der Herr Landrat bewohnt nämlich", wie der „Bote a. d. Riesengeb." mitteilt, „in dem neuen Kreishause — das er mit zirka 60 Prozent Abgaben belastete Kreis mit erheblichem Kostenaufwande aufgeführt hat — eine auf das vornehmste eingerichtete Wohnung von 12 bis 14 Räumen; außerdem steht dem Herrn Landrat Gartenbenutzung, Stallgebäude mit Stallung, Kutscherwohnung usw. zur Verfügung. Für diese Wohnung, die außerdem auf Kreiskosten geheizt wird, zahlt der Herr Landrat den fürstlichen Mietszins von — 800 Mark. — Es wird interessant sein, zu beobachten, ob sich nicht im Kreistage zu dieser Position jemand etwas kritisch äußern wird, und es wird ferner interessant sein, zu konstatieren, ob der Herr Landrat sich dann auch hier wieder wie in seiner Steuerangelegenheit verhalten wird. Der Landrat hat nämlich sowohl im Kreisausschuß wie auch im Kreistage den Erörterungen über die Festsetzung des Mietspreises seiner Wohnung beigewohnt!

Es versteht sich, ganz abgesehen von den gesetzlichen Bestimmungen, wohl von selbst, daß sich jedes Mitglied eines Kollegiums von der Sitzung ausschließt, in der seine persönlichen Interessen besprochen werden. Der Herr Landrat tut das nun aber einmal nicht. Sollte denn wirklich dieses merkwürdige Verhalten bloß in der öffentlichen Meinung seine Kritik finden und nicht auch noch an anderer Stelle? Die Stimmung in der Bevölkerung über diese Dinge ist aufgeregt genug und es wäre gut, wenn man im öffentlichen Interesse darauf die gebührende Rücksicht nähme."

Kleine provinzielle Nachrichten.

Wegen Verleitung zum Meineide wurde der Gemeindevorsteher Jankowiak aus **Mycznczyn** verhaftet. — In **Posen** gingen die Pferde eines Fuhrwerks durch und rasten durch die stark belebten Straßen. Ein Tischler wurde überfahren und getötet. Mehrere andere Personen wurden verletzt. — Das sechsjährige Töchterchen des Bäckers Meißner in **Petersdorf** öffnete, als die Mutter auf kurze Zeit das Zimmer verließ, das Fenster und stürzte aus dem zweiten Stockwerk in den Hofraum hinab, wo es bewußtlos aufgehoben wurde. Nach längerer Zeit kam es wieder zu sich. Der Arzt konnte keinerlei Verletzungen feststellen. — Der um 7 Uhr in Breslau abgehende Schnellzug erlitt Sonntag zwischen **Sadewitz** und **Kanth** einen Maschinendefekt, so daß der Zug auf offener Strecke liegen bleiben mußte, bis die Reservemaschine von Breslau eintraf. Die defekte Maschine wurde in Kanth ausgesetzt und erlitt der Zug etwa 1½ Stunden Verspätung. Von den Reisenden wurde es übel empfunden, daß die Reservemaschine erst nach etwa einer Stunde an Ort und Stelle eintraf, obwohl vom Freiburger Bahnhof bis zur Unfallstelle die zurückzulegende Strecke nur etwa 18 Kilometer beträgt, welche sonst bequem in 15 Minuten durchfahren werden konnte. — Seine letzte Fahrt machte der in den sechziger Jahren stehende Kohlenhändler Schubert aus **Bohranseiffersdorf**. Auf dem Heimwege von **Waldenburg** wurde sein Gefährt kurz vor Hausdorf von dem Rohnstocker herrschaftlichen Fuhrwerk überholt. Durch das Rufen des herrschaftlichen Kutschers G. aufmerksam gemacht, begab sich Sch. zu dem Gespann, um es auf den Sommerweg zu ziehen. Wahrscheinlich infolge Vergreifens der Zügel, wich er entgegengesetzt aus, als in demselben Augenblick das herrschaftliche Gespann vorbeifuhr, sodaß Sch. von demselben überfahren wurde. Gestern ist der Verunglückte seinen Verletzungen erlegen. — In der letzten Zeit wurden in **Nicolai** und Umgegend raffinierte Einbrüche begangen, wobei die Einbrecher sich sogar der Schießwaffen bedienten. Nun ist es endlich gelungen, die gefährliche Einbrecherbande, die aus sechs Männern und zwei Frauen bestand, zu verhaften und dem Gerichtsgefängnisse zu Nicolai zu überliefern.

Stadt-Theater.

Die Räuber von Friedrich Schiller.

Die gestrige Aufführung der „Räuber" hatte nicht vermocht, die Hörer in Massen ins Theater zu locken, und doch wird gerade dieses Werk des großen Dramatikers populärstes Werk genannt. In keinem anderen hat er die Leidenschaften der Menschen so unvermittelt und unverhüllt nebeneinander gestellt. Und daß der Dichter mit diesem Stück auch heute noch einen gewaltigen Eindruck erzielt, wo ein Kleinerer leicht lächerlich wirken würde, ist ein Beweis von Schillers unverwüstlicher, die Jahrhunderte überdauernder dichterischer Kraft. Die Rolle des Karl Moor hatte Herr Wendt übernommen. Wenn er auch im Ganzen genommen eine ganz prächtige Leistung zuwege brachte, wobei sein mächtiges Organ, das bis zum Schluß in voller, wuchtiger Kraft blieb, einen Hauptanteil trug, so blieb doch an einzelnen Stellen seine Aussprache schlecht verständlich. Herr Müller gab den Franz Moor, spielte ihn aber, besonders in den letzten Teilen, zu sehr auf's Theatralisch-Dämonische hinaus, die die Wirkung in etwas beeinträchtigte. Die anderen Mitwirkenden, Fräulein Santen (Amalie), die Herren Strial (Spiegelberg), Johow (Schweizer), Botz (Roller), Bernau (Kosinsky), Barna (Graf Moor) wurden so ziemlich ihren Aufgaben gerecht. Dagegen war die Wiedergabe des Bastard Hermann durch Herrn Victora sehr unzulänglich. Unverständlich blieb, weshalb die Rolle des Pater durch Herrn Will gespielt werden mußte, wenn ich auch durchaus nichts gegen seine Person einzuwenden habe, so ist das Publikum doch daran gewöhnt, Herrn Will nur in derbkomischen Situationen zu sehen, lächerlich soll die Paterszene doch aber sicher nicht wirken. Vielleicht ließe sich erzielen, daß der Vorhang nach den Aktschlüssen einige Sekunden später herunterrasselt, damit nicht dieses störende Geräusch sich in die Reden der Akteure mengt. Pr.

Neueste Nachrichten.

Unruhen in Rußland.

Die Unruhen in Yalta begannen Sonntag Abend. An fünf Orten fanden Brandstiftungen statt. Das Volk verhinderte die Löscharbeiten. **Alle Polizeiwachstuben wurden verwüstet, die Arrestanten wurden freigelassen** und die Branntweinläden zerstört. Außer den gestern Nacht von hier nach Yalta abgegangenen Truppen sind heute weitere drei Kompagnien abgegangen, ebenso eine Eskadron aus Simferopol.

Vom Kriegsschauplatz.

Der kommandierende General der dritten Mandschureiarmee, General der Kavallerie Kaulbars, hat das Kommando der zweiten Mandschureiarmee erhalten. Er wird durch den General der Infanterie Batianow ersetzt werden.

Vermischtes.

Der Friedensgarten. Ein Gedicht in Prosa ist folgende Anzeige zu nennen, die wir in der fürstlich „Reuß-Geraer Zeitung" vom 17. März finden:

Zu verkaufen

ist ein Garten an der Landstraße in Lusan, welcher durch seine Erscheinung den Sinn für Frieden und Genügen, für den Reiz der Natur in den Bevölkerungskreisen aussät und kräftigt, ein gesegnetes Stück innerer Mission erfüllt, weil hierdurch der menschlichen Seele die Kraft eingeflößt wird, den Entschluß zum Kauf dieses Gartens zu verwirklichen, um in dessen Schatten mit herrlicher Aussicht auf die Stadt Gera den geheimnisvollen Zauber, welchen dieser Garten auf jeden ausübt, der nicht aller edleren Empfindungen bar ist, als Bergung des Friedens auf sich einwirken zu lassen.

Besichtigung und Auskunft

durch den Besitzer
Alfred Schlegel,
Maurermeister,
Kaiser Wilhelmstraße 36.

Es ist nur merkwürdig, daß der poetische Besitzer die Seelenkraft gefunden hat, den „Entschluß zum Verkauf dieses Gartens" zu verwirklichen! Wo soll er fürder die „Bergung des Friedens" finden?

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

27. u. 28. März	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 8,3	+ 5,2	+ 5,7
Luftdruck bei 0° (mm)	750,0	747,9	738,7
Dunstdruck (mm)	5,6	5,9	5,9
Dunstsättigung (pCt.)	69	89	86
Wind (0—12)	NW 3	SO 3	SO 2
Wetter	bewölkt.	zieml. heiter.	bedeckt.

Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen. I. Arbeiter Oskar Rother, evang., Berlinerstraße 37, und Pauline Titze, evang., Anderssenstraße Nr. 42. — Arbeiter Paul Wagner, evang., Berliner Chaussee 114, und Bertha Hantke, geb. Beier, kath., Schmiedegasse 36. — Barbier Julius Schubert, evang., Bischofstraße 1, und Anna Koch, geborene Ludwig, Brüderstraße Nr. 41. — Buchhalter Fritz Lewioda, altkath., Berlinerplatz 13, und Gertrud Minkus, evang.-luth., Holteistraße 37. — Gastwirt Ferdinand Tanke, evang., Alsenstraße 27, und Susanna Weil, evang., ebendaselbst. — Fleischer Karl Stober, kath., Stockgasse Nr. 18, und Josepha Klose, kath., ebendaselbst. — Eisendreher Arthur Hahn, evang., Glogauerstraße Nr. 2, und Anna Blum, kath., Bärenstraße 12.

Eheschließungen. I. Fabrikaufseher Johann Buentke, evang., Anderssenstraße 15, mit Elisabeth Erber, evang., ebendaselbst. — Telegraphen-Vorarbeiter Ernst Hirsch, evang., Friedrich-Wilhelmstraße 23, mit Emma Former, kath., Markt-Bohrau. — Kernmacher Max Fröhlich, evang., Altenstraße Nr. 76, mit Gertrud Heisig, kath., Friedrich Karlstraße 55. — Bereiter Vincenz Krontil, kath., Glogau, mit Ida Birkholz, evang., Berlinerstraße Nr. 51. — Schlosser Adolf Fichtner, ref., Hummerei 41, mit Emma Schröter, evang., Bohlenstraße 18. — Arbeiter Fritz Scharf, evang., Lorgegasse 26, mit Meta Anders, kath., ebendaselbst.

Geburten. II. Totengräbermeister Paul Jahn, kath., S. — Kaufmann Felix Kwiatkowski, kath., S. — Eisendreher Karl Rother, evang., T. — Schuhmacher Robert Mann, freirelig., T. — Weichensteller Eduard Staiwod, kath., S. — Arbeiter Ernst Hein, evang., T. — Schuldirektor Paul Stecher, evang., T. — Arbeiter August Schuster, kath., T. — Hilfsweichensteller Paul Repel, evang., T. — Malermeister Ewald Franke, evang., T. — Hausdiener Karl Berlin, evang., S. — Stellmacher Robert Baum, freirelig., S. — Former Friedrich Adler, evang., T. — Maschinist August Leuschner, evang., T. — Kellner Paul Geier, kath., S. — Haushälter Max Hoffmann, evang., T. — Bäcker Wilhelm Bäwald, evang., S. — Arbeiter Otto Tempert, evang., T. — Maurerpolier Josef Günther, kath., T. — Bahnarbeiter August Michalik, kath., S. — Hilfsweichensteller Daniel Feja, evang., T. — Kaufmann Max Goldmann, jüd., T. — Techniker Richard Jung, evang., S. — Maschinenputzer Max Hoffmann, evang., S. — Korbmacher Paul Petrausch, kath., T. — Schneidermeister Johann Richly, kath., T. — Steindrucker Ernst Schilder, evang., S. — Klempner Gustav Schubert, kath., S. — Schildermaler Hermann Springer, evang., S. — Postschaffner Ernst Löschner, evang., S. — Marmorschleifer Arthur Larisch, kath., Tochter.

Todesfälle. II. Arbeitersfrau Pauline Pawel, geborene Penn, 48 J. — Kurt, S. des Arbeiters Paul Mende, 1 Jahr. — Margarete, T. des Vorkosthändlers Paul Kloß, 7 Mon. — Hausmeistersfrau Luise Pätzold, geb. Büttner, 26 Jahr. — Bankprokurist Bruno Fuchs, 65 J. — Gertrud Frenzel, ohne besonderen Stand, 17 Jahr. — Maria, T. des Kutschers Wilhelm Krambs, 1 Tag. — Näherin Gertrud Schubert, 27 J. — Expedient Berthold Köhler, 34 Jahr. — Mechaniker Karl Lindner, 66 J. — Martha Jaeckel, ohne Beruf, 46 Jahr. — Arthur, S. des Kutschers Paul Jendrich, 2 Mon. — Kurt, S. des Kontoristen Max Görlich, 9 Tage. — Elisabeth, T. des Kutschers Wilhelm Krambs, 2 Tg. — Städtischer Betriebs-Inspektor a. D. Otto Wagner, 69 Jahr. — Erich, S. des Maurers Georg Grocaer, 10 Mon. — Karl, S. des Tischlers Paul Schmidt, 3 J. — Schneiderin Klara Scholz, 21 J. — Rentiersfrau Emilie Klose, geb. Groß, 64 Jahr. — Rentmeisterwitwe Emilie Schendel, geb. Petrich, 62 Jahr. — Maschinenmeister Karl Abamel, 49 J. — Martha, T. des Kutschers Karl Weiß, 8 Mon. — Erich, S. des Schmiedes Adolf Pastisch, 4 Mon. — Restaurateur Josef Pelka, 43 J. — Partikulier Konstantin Hiemer, 75 J. — III. Schuldienersfrau Christiane Kretschmer, geb. Patzler, 57 Jahr. — Selma, T. des Arbeiters Wilhelm Teichmann, 9 Mon. — Frieda, T. des Arbeiters Paul Kliesch, 4 Mon. — Walter, S. des Arbeiters Franz Krause, 7 Mon. — Ratssekretär Robert Ganz, 53 Jahr. — Walter, S. des Hilfskrankenwärters Hermann Bintig, 1 Mon. — Erich, S. des Tischlers Alfons Neimann, 4 Mon. — Student Richard Halemba, 20 Jahr. — Maurer Alons Rother, 55 Jahr. — Böttchermeistersfrau Anna Straube, geborene Jungfer, 76 Jahr. — Kassiererin Magdalene Fabich, 17 J. — Arbeiter Albert Schachler, 74 Jahr. — Tischler Max Nawrath, 35 Jahr. — Arbeiter Robert Kolka, 58 J. — Verw. Bureaudiener Emma Böse, 57 J. — Walter, S. des Maurers Heinrich Fleischer, 9 Mon. — Paul, S. des Maschinisten Wilhelm Kawelke, 8 Mon. — Verw. Restaurateur Luise Schimmel, geb. Gaebel, 60 J. — Verw. Eisenbahn-Bremser Johanna Haberland, geb. Schubert, 66 Jahr. — Verw. Schmiedemeister Emilie Bothe, geb. Hilgenbecher, 56 Jahr. — Max, S. des Hausschlächters Adolf Rademacher, 45 J. — Max, S. des Schuhmachers August Broda, 2 J. — Pflegling Josepha Langer, 39 Jahr. — Charlotte, T. des Schlossers Bruno Steinberg, 3 Mon.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Vorsitzender des Gewerkschafts-Kartells: Drechsler Peterhansel, Brigittental 16.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 28. März:

Tapezierer-Verband. Fachkursus. (15. Abend, Schluß.) Zimmer Nr. 3.

Donnerstag, den 30. März:

Holzarbeiter. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im großen Saale.

Zentralverband der Handels-, Transport und Verkehrsarbeiter. Abends 8 Uhr: Bezirksführer. Zimmer Nr. 1.

Maler und Lackierer. Versammlung. Zimmer Nr. 2.

Freitag, den 31. März:

Bauarbeiter. Mitgliederversammlung. Abends 8 Uhr im großen Saale.

Sonnabend, den 1. April:

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im großen Saale.

Freie Turnerschaft. Abends 8 Uhr: Quartalsversammlung. Zimmer Nr. 2.

Montag, den 3. April:

Arbeiter-Sänger-Bund. (Ortsgruppe Breslau.) Abends 8 Uhr, Zimmer Nr. 5: Ausschußsitzung. Auch haben sämtliche neugewählten Vorstandsmitglieder und Revisoren zu erscheinen.

Donnerstag, den 6. April:

Tapezierer-Verband. Mitglieder-Versammlung. Zimmer 3 u. 4.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Gräbschener Vorstadt).

Mittwoch, den 29. März, Abends 8½ Uhr, Zusammenkunft der Bezirksführer im Distriktslokal, Gräbschenerstraße. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig. Der Distriktsführer.

Bezirke 1, 3 u. 4. Mittwoch, den 29. März, Abends 8 Uhr, Zahlabend und eine notwendige Besprechung. Es ist Pflicht aller Mitglieder, pünktlich zu erscheinen. Die Bezirksführer.

Bezirk 2. Mittwoch, den 29. März, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft. Beitragszahlung. Vollzähliches Erscheinen erwünscht. Der Bezirksführer.

Distrikt III und XI (Ober-Vorstadt und Odertor).

Sonnabend, den 1. April, Abrechnung der Bezirksführer. Wichtige Angelegenheiten erfordern das Erscheinen sämtlicher Bezirkskassierer und deren Stellvertreter. Kontrollkarten sind mitzubringen. Die Distriktsführer.

Distrikt V (Scheitnig).

Dienstag, den 4. April, Distriktszusammenkunft. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Distriktsführer.

Distrikt X (Pöpelwitz.)

Bezirke 29 und 30 (Pöpelwitz). Dienstag, den 28. März Zusammenkunft aller Mitglieder im bekannten Lokal.

Freiburg. Freie Turnerschaft. Jeden Donnerstag: Turnabend. Um recht rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Schweidnitz. Männer-Gesang-Verein „Vorwärts" Jeden Donnerstag, Abends 8½ Uhr: Uebungsstunde im Lokal des „Zeltgartens", Kletschkauerstraße. Gäste willkommen.

Striegau. Arbeiter-Turnverein „Vorwärts". Jeden Dienstag und Donnerstag, von Abends 8 Uhr a.. Turnen in der „Bierquelle". Auch werden in jeder Turnstunde Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

Liegnitz. Gewerkschaftskartell. Sonntag, den 2. April, Vormittags 9 Uhr: Sitzung. 1. Besichtigung des neuen Gewerkschaftshauses. 2. Bericht der Verwaltungskommission. 3. Neuwahl der Verwaltungskommission. 4. Verschiedenes. Die Sitzung findet im neuen Gewerkschaftshause statt.

Jauer. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonntag, den 2. April, Nachmittags 3 Uhr: Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Jauer. Gewerkschaftskartell. Montag, den 3. April, Abends 8 Uhr: Sitzung im Vereinslokal. Um Erscheinen sämtlicher Delegierten ersucht Der Vorsitzende.

Jauer. Gesang-Verein „Vorwärts". Jeden Donnerstag, Abends 8 Uhr: Gesangstunde. Aufnahme neuer Mitglieder.

Haynau. Arbeiter-Gesang-Verein. Jeden Donnerstag Abends 8 Uhr: Singstunde bei Gruner.

Hirschberg-Schönau-Cunnersdorf. Oeffentliche Volksversammlung Sonntag, den 2. April, Nachmittags 4 Uhr, in der „Andreasschenke". Vortrag von Genossen Albert-Breslau. Zahlreiches Erscheinen notwendig. Entree 10 Pfennig. Der Einberufer

Schmiedeberg. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, den 1. April, Abends 7½ Uhr, im Gasthof „Zum Schlüssel". Vortrag von Genossen Albert-Breslau.

Beuthen OS. Gewerkschaftskartell. Der Vorsitzende ist Buchdrucker Max Lait, Tarnowitzerstraße 28, III.

Posen. Versammlungslokal: Sommer, Hedwigstraße 16. Gewerkschaftskartell. Donnerstag, den 30. März, Abends 8 Uhr: Sitzung.

Stadt-Theater.
Dienstag:
„Hoffmanns Erzählungen."
Mittwoch:
Das Glöckchen des Eremiten.

Lobe-Theater.
Dienstag:
„Das Schwalbennest."
Mittwoch:
„Der Kilometerfresser."

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Dienstag:
Gruppe J. 5. Vorstellung:
„Minna von Barnhelm"

Donnerstag, den 30. März,
Abends 8 Uhr:
Vortrag
vom Prediger 648
Tschirn
im Konzerthause.

Wohnungen
à 13½, 14½, 15 Mk.
33 Posenerstrasse 33.

Mädchen
[illegible] **Weyke**, Schmiedebrücke 57, IV. 645

Möbeltransporte und Lohnfuhren
[illegible]
[illegible] Friedrich Schöbel

Billiger als überall!
Schränke, Vertikows, Spiegel, Diwans, Chaiselongues, Sopha's und Garnituren, einfache u. elegante Bettstellen mit Matratzen, Küchenmöbel, Stühle, Regulatoren etc. eventl. auch auf Teilzahlung sehr billig. 410
H. Gerstel,
[illegible]
Nur! Oderstraße 22. Nur!

Zirkus Busch.
Dienstag, den 28. März 1905. Abends 7½ Uhr:
Zum 4. Male:
Klondike
Ein Bild aus dem modernen Goldgräberleben Amerikas in 5 Akten.
Norton B Smith,
Der König der Pferdebändiger.
Bösartige Pferde werden zu jeder Zeit angenommen und kostenfrei behandelt.
Außerdem:
Exotisches Monstre-Tableau.
dargestellt v. 12 Elephanten, 3 Zebras und 30 Ponnies
Titus, geritten von Herrn Burkhardt-Footit.
Herr Ernst Schumann
[illegible]
Weltrekord: „Chips".
[illegible]
Die beiden Phänomene Sisters Amalia und Leonora,
[illegible]
[illegible]

Rechte u. Pflichten des Mieters
nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch Kommentar gegen Mietsrecht von Rich. Lipinski.
Preis pro Exempl. 20 Pfennige.
Die Broschüre ist sachkundig auf Grund der Motive und der Denkschrift zum Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet und ist ein sicherer Führer durch das Mietsrecht.
Durch unsere Expedition zu beziehen.

Am 26. d. Mts., früh 6 Uhr verschied nach kurzem, aber schwerem Leiden unser Freund und Kollege, der Schlosser **Franz Zimmermann**
im Alter von 47½ Jahren. 650
Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Mitarbeiter der Waggon-Fabrik Gebr. Hofmann & Co.
Werkstatt des Herrn Werkmeister Schwarze.
Beerd.: Mittwoch, nachm. 4 Uhr, Leichenhalle Gräbschen.

Bau-Kantine.
Auf unseren Grundstücken **Märkischestraße Nr. 96/98** errichten wir während der Erbauung von 10 Wohnhäusern eine **Restauration.** — Bewerber wollen schriftliche Anträge nebst Nachgebot an die Geschäftsstelle **Sternstraße Nr. 59, I**, richten.
Der Vorstand 647
„Wratislavia", Baugenossenschaft f. Arbeiter-Wohnungen (E. G. m. b. H.)

Achtung! Genossen!
Die Buchhandlung der „Volkswacht" führt
Schulbücher
und Melzerhefte und ersuchen wir die Genossen, den Bedarf an solchen bei uns zu decken.
Bestellungen nehmen auch unsere Kolporteure entgegen.

Kindersegen und kein Ende?
Ein Wort an denkende Arbeiter
von Fritz Brubpacher
Arzt in Zürich
Preis 30 Pfg.
Buchhandlung der „Volkswacht."

Zu
Friedrich Schillers
1805 Gedächtnis! 1905.

An Stelle der „März-Zeitung" erschien in diesem Jahre eine reich illustrierte Zeitung, die dem Gedächtnis Friedrich Schillers, als dem geistigen Vorkämpfer der bürgerlichen Revolution Deutschlands, gewidmet ist.

Die Buchhandlung Vorwärts hat statt zum Mai eine Schiller-Festschrift herauszugeben, diese Publikation an die Märzfeier geknüpft, denn in der Revolution von 1848 wurde doch wenigstens ein Hauch von Schillers Geist wirklich und lebendig.

Die Festschrift umfaßt 16 Seiten und ist besonders reich geschmückt mit dokumentarischen Bildern, welche das Wesen und Wirken des Dichters, des Philosophen, des Historikers, möglichst umfassend in einer Reihe von Einzelaufsätzen darstellen. Die Herstellung ist auf feinem Papier in braunem Tondruck erfolgt, so daß die Nummer, dem Zweck entsprechend, ein Kunstblatt ist, das von unseren Parteigenossen gern gekauft werden wird.

Der Preis für die Nummer ist 20 Pf.

Bestellungen nimmt jeder Kolporteur, sowie die
Buchhandlung Volkswacht
entgegen.

„In freien Stunden".
Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.
Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

„Der wahre Jakob".
Sozialdemokratisches Witzblatt.
Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

Verantwortl. Redakteur für die Rubrik: „Lokales und Provinzielles" und die Inserate: **Robert Albert;** — für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt" **Paul Löbe.** Redaktion u. Expedition: Neue Graupenstr. 5 6. — Verlag von **Oscar Schütz;** — Druck von **Th. Schatzky** G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Beilage zu Nr. 74 der „Volkswacht.“

Mittwoch, den 29. März 1905.

Eine Arbeiterdebatte

im Stadtparlament.

Breslau, 28. März 1905.

Die gestrige außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten brachte eine außerordentliche Debatte über die Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter, insbesondere derer von der Marstallverwaltung, der Kärrner usw. Außerordentlich war die Debatte, sowohl hinsichtlich der Wucht der Anklagen, die der sozialdemokratische Redner, Genosse **Löbe**, gegen die „wohlwollende“ freisinnige Verwaltung erhob, als auch wegen der interessanten Argumentation, mit der gerade ein Zentrums-Redner, Herr **Sckeyde**, die sozialistische unbequeme Kritik abzutun suchte. Wegen der Wichtigkeit der Fragen für die breite Oeffentlichkeit greifen wir diesen Teil der Verhandlungen aus dem allgemeinen Bericht heraus und setzen ihn gesondert an diese Stelle. Wir bitten unsere Leser, das Folgende sehr genau zu studieren und das Blatt event. aufzubewahren.

* * *

Der Berichterstatter, Stadtv. **Kezius**, empfiehlt ganz kurz die Genehmigung des

Marstall-Etats,

wie ihr der Magistrat vorgeschlagen hat. Der Etatsausschuß habe an demselben nichts zu tadeln gefunden.

Die sozialdemokratische Kritik!

Stadtverordneter **Löbe**: Bei diesem Etat möchte ich meine Stimme zu Gunsten einer Arbeiterkategorie erheben, von der der Bürgermeister nicht sagen kann, daß der Verkehr mit ihnen durch das Dazwischentreten der Agitatoren und des Gemeindearbeiterverbandes erschwert worden ist. Denn die Kärrner und Marstallarbeiter, um die es sich hierbei handelt, haben all die Jahre hindurch dem Gemeindearbeiter-Verband ferngestanden, auch bei den Stadtverordnetenwahlen durchweg freisinnig oder konservativ gestimmt, (Unruhe) erst in den letzten Wochen sind einige von ihnen dem Verband beigetreten, dem die Mehrzahl leider jetzt noch fernsteht. Die Kärrner arbeiten im Sommer von **4 Uhr früh bis 7 Uhr Abends** bei 1½ Stunde Mittag, im Winter von **5 Uhr früh bis 7 Uhr Abends** mit 1 Stunde Mittag, also **13 und 13½ Stunden**, dafür erhalten sie den stolzen Lohn von 16, 17 oder 18 Mark die Woche und 10 Mark Wohnungsgeld. Vierzehnmal haben sich die Leute, so teilen sie mir mit, an ihren vorgesetzten Branddirektor, mit Eingaben gewendet in denen sie folgende Beschwerden vergeblich vorbrachten.

Sie möchten gern **alle 4 Wochen einen ganz freien Sonntag** haben, jetzt müssen sie jeden Sonntag bis um 12 Uhr Mittag arbeiten ohne besondere Entschädigung zu erhalten. Erst wenn die Arbeit bis über 12 Uhr dauert, gibt es besondere Vergütung. Kommt jemand, der alle Tage in der Woche 13 Stunden gearbeitet hat, am Sonntag ¼ Stunde zu spät, dann erhält er eine Strafwoche. Sonntagsurlaub gibt es **alle Vierteljahre nur einmal** und Gesuche darum müssen bis Mittwoch der vorhergehenden Woche eingereicht sein. Es sind auch katholische Arbeiter drunter, die gern öfter einmal **zur Kirche gingen.** (Lachen und Unruhe.) Also die Marstallarbeiter und Kärrner bitten um einen freien Sonntag alle vier Wochen, bisher leider vergeblich.

In Anbetracht ihrer langen Arbeitszeit möchten sie eine geregelte Vesper- und Frühstückszeit haben und die Mittagsstunde gänzlich frei von Arbeit. Jetzt wird ihre Mittagsstunde ab und zu noch dadurch verkürzt, daß sie Mittwochs das Geld von der Hauptwache abholen müssen, ferner durch Heu-, Stroh- und Hafer-Abladen. Es ist den Leuten bei Strafe verboten, auf dem Wagen zu essen oder in eine Kneipe zu gehen, ganz gleich ob drückende Hitze oder Winterkälte herrscht. (Lachen.) Die Kärrner möchten deshalb auf dem Abladeplatz wenigstens eine Bude haben zum Frühstücken und Vespern, Pausen zu demselben Zweck und einen Raum, wo sie ihre Notdurft verrichten können. In allen diesen Dingen steht die Stadt hinter privaten Arbeitgebern zurück. Die Befürchtungen des Oberbürgermeisters, daß wir die Privat-Unternehmer zu weit überholen, trifft hier also nicht zu, sondern das Gegenteil. (Unmotiviertes Lachen rechts.) Ich verstehe nicht, warum Sie die Beschwerden der Arbeiter immer nur mit Lachen beantworten können. Sie spielen sich doch sonst immer als echte Arbeiterfreunde auf. (Unruhe.) Einzelne Vorgesetzte wiesen die Bitten um Lohnerhöhung mit dem Hinweis auf das hohe Biergeld ab.

Da sich aber deren Verkehr mit den Haushältern und Hausmeistern abspielt, kann von solchen Einnahmen sehr wenig die Rede sein. (Widerspruch.) Jedenfalls spielt es keine Rolle im Vergleich zu dem Gesamteinkommen. Die Kärrner haben auch bis jetzt keinen Sommerurlaub erhalten, sie wünschen, daß sie an dieser geringfügigen Vergünstigung teilnehmen dürfen angesichts der schmutzigen Arbeit, die sie das ganze Jahr zu verrichten haben.

Schließlich wünschen sie dringend eine bessere Behandlung durch die Vorgesetzten. (Unruhe.) Meine Herren! Ich gebe Ihnen zu, daß diese Dinge, streng genommen, nicht in die Stadtverordneten-Versammlung gehören (Sehr richtig!), aber so lange Sie keine Arbeiter-Ausschüsse einrichten, werden wir sie an dieser Stelle zur Sprache bringen. Besonders unpassend ist die Behandlung an der Wache 5 vor dem Ohlauertor, wo der Branddirektor den Leuten androht, er werde ihnen den Besen in die Hand geben, also sie zu Straßenkehrern machen, wenn ihre Pferde nicht besser aussehen. Auf der anderen Seite erhalten sie aber nicht mehr Futter. Wie sollen sie denn die Pferde besser pflegen? Wie gesagt, so lange es keine Arbeiterausschüsse gibt, kommt die Sache hier zur Sprache. Ich bitte, daß die Forderungen der Kärrner erfüllt werden. (Unruhe.)

Seit langem in Erwägung!

Stadtrat Dr. **Hasse**: Ich gebe Herrn Stadtv. Löbe zu, daß die **Arbeitszeit** der Kärrner **täglich 13 Stunden** und **Sonntags etwa 7 Stunden** beträgt. Und ich gebe ihm weiter zu, daß es bisher **noch nicht möglich** war, den Kärrnern **den vierten Sonntag freizugeben.** Wir erkennen an, daß darin eine Härte liegt, insbesondere gegenüber den Arbeitsverhältnissen in anderen städtischen Betrieben. Aber diese Sachen sind beim Magistrat **schon seit langem Gegenstand ernster Erwägung.** Leider ist es bisher nicht gelungen, eine befriedigende Lösung zu finden. Die Arbeit der Kärrner erfordert es, daß sie Morgens früh ihre Pferde füttern und sie bedienen. Das muß auch Sonntags geschehen. Wenn die Kärrner das nicht mehr machen sollten, dann **müßten wir besondere Futterkrechte anstellen,** das geht aber nicht, denn dann **müßten wir den Zuschuß,** den die Marstallverwaltung sowieso schon erfordert, **noch erhöhen!** Und das werden Sie doch nicht wollen. Was den Urlaub betrifft, so haben die Marstall-Arbeiter ebenso Anspruch darauf, wie die übrigen städtischen Arbeiter. Sie brauchen sich nur beim Branddirektor melden, der hat die Vollmacht, ihnen Urlaub zu gewähren, soweit es der Dienst zuläßt! Wenn Stadtv. Löbe behauptet, die Forderung auf Lohnaufbesserung sei abgelehnt worden, so scheint er den Etat nicht gelesen zu haben. Denn gerade in diesem Etat werden die Löhne der Kärrner aufgebessert um durchschnittlich 2 Mark pro Woche, so daß der Lohn beträgt in der ersten Lohnklasse **20** Mark, in der zweiten **19** und in der dritten Klasse **18** Mark. Dazu erhalten die Kärrner monatlich einen Wohnungsgeldzuschuß von 10 Mark und Dienstkleidung. Was die Beschwerde der Kärrner von der Ohlauertor-Wache anlangt, so ist mir davon nichts bekannt. Beschwerden an den Magistrat sind nicht eingegangen und das wäre die einzig zuständige Stelle. (Bravo! bei den Konservativen.)

Ein leichtgläubiger Freisinnsmann.

Stadtv. **Biller** (liberal): Die harte und lange Arbeitszeit, die Herr Kollege Löbe hier geschildert hat, habe ich am eigenen Leibe erfahren. (Heiterkeit.) Jawohl, wir Gewürzkrämer haben von Morgens früh bis in den späten Abend arbeiten müssen und Sonntags auch keine Ruhe gehabt. Da bin ich außerordentlich dankbar, daß wir durch Staatsgesetz eine geregelte Arbeitszeit bekommen haben und vor allem auch Sonntags eine Ruhezeit haben. Ich hoffe, daß wir in der Beziehung noch weiter kommen werden. Umsomehr wundere ich mich aber, daß in städtischen Betrieben noch solche unendliche Arbeitszeiten herrschen. Aber ich glaube, daß wir uns auf die Zusage des Stadtrats, über die ich mich sehr freue, verlassen können, daß nämlich die Abschaffung dieser Mißstände bevorsteht. Der Magistrat hat ja schon oft gute Beschlüsse für die Arbeiter gefaßt und er wird es hoffentlich auch in dieser Frage tun.

Bitte, etwas schleuniger!

Stadtv. **Heilberg** (freis.): Der optimistischen Ansicht des Herrn Kollegen Biller bin ich nicht. Wir müssen unbedingt verlangen, daß das Tempo der Erwägungen des Magistrats **etwas beschleunigt werde.** Wenn der Stadtrat zugeben muß, daß städtische Arbeiter noch 13 Stunden und mehr am Tage arbeiten müssen und nicht einmal alle vier Wochen einen freien Sonntag haben, so ist das sehr bedauerlich. Da müssen wir sehr energisch bitten, daß derartige Zustände beseitigt werden. Ich bin mit Herrn Löbe der Ansicht, daß diese Fragen in den Arbeiter-Ausschuß gehören. Aber da wir Arbeiter-Ausschüsse nicht haben, so ist zweifellos die Stadtverordneten-Versammlung der geeignete Ort, um solche Beschwerden anzubringen. Der Stadtrat meint, daß der Magistrat die allein zuständige Stelle wäre, an welche Beschwerden zu richten sind. Ich bitte ihn, diesen Standpunkt nicht inne zu halten. Die Arbeiter werden nicht gern sich beim Magistrat über ihre Vorgesetzten beschweren und sich dadurch ihre Stellung gefährden oder erschweren. Da wird immer noch die Stadtverordneten-Versammlung der richtige Ort sein, um solche Wünsche vorzubringen und der Herr Dezernent sollte darauf sehen, daß Beamte sich keine ungehörigen Reden erlauben. Die Angriffe, die hier ausgeführt wurden, sollten untersucht werden. Auf jeden Fall aber ist darauf zu sehen, daß die übermäßig lange Arbeitszeit beseitigt und daß den Arbeitern die nötige Sonntagsruhe gewährt wird. Dann aber auch ist es notwendig, endlich Arbeiterausschüsse zu bilden, die solche Fragen zu prüfen und Beschwerden vorzubringen haben.

Bürgermeister **Wuehl**: Mit dem Vorredner bin ich völlig einig darin, daß die Aenderung in der Arbeitszeit getroffen werden muß. Das soll ja auch geschehen. Nicht einig bin ich mit ihr in der Frage der Arbeiterausschüsse. Meines Erachtens haben diese keine Beschwerden vorzubringen, sondern nur Wünsche zu äußern. Beschwerden müssen immer beim Magistrat vorgebracht werden, der dann die Nachprüfung vornimmt. Die Arbeiterausschüsse werden schließlich nur das Sprachrohr Außenstehender sein, die ihre Wünsche vorbringen ließen.

Stadtv. **Löbe**: Ich danke dem Herrn Stadtrat für seine sachliche Antwort, fast alle meine Beschwerden hat er als berechtigt zugeben müssen, leider sagt er zur Beschwichtigung nur immer: es wird seit langer Zeit erwogen. Weil die „Erwägungen“ solange gehen und so wenig Resultate zeitigen, mußte ich meine Beschwerden vorbringen. Hoffentlich haben sie den Erfolg, daß endlich etwas für die Kärrner geschieht. In Bezug auf den Urlaub habe ich einen ganz anderen Wunsch ausdrücken wollen, als der Herr Stadtrat meint. Nicht um den gelegentlichen Urlaub bei Begräbnissen und Kontrollversammlungen, bei Familienfesten handelt es sich, sondern um den regelmäßigen Urlaub, der keine Gnade ist, sondern ein Recht, so wie der Urlaub des Beamten ein gutes Recht ist. Ich habe auch nicht die Lohnerhöhung abgestritten, sondern das Argument von dem „Biergeld“ entkräften wollen.

Der Herr Bürgermeister scheint sich über die Arbeiterausschüsse im unklaren zu befinden, denn diese tagen doch mit Vorgesetzten zusammen und sind sehr geeignet, alle Beschwerden vorzubringen. Wenn er Beschwerden hier nicht vorbringen will, dann stellt er sich hinter das reaktionäre Junkerparlament (Große Unruhe), denn dort nimmt der Minister solche Beschwerden entgegen. (Unruhe rechts.) Sie, meine Herren von der Rechten, haben sich heute keine besondere Ehre eingelegt. Der Herr Stadtrat hat die Richtigkeit der Arbeiterbeschwerden zugeben müssen und Sie haben dieselben mit Gelächter begrüßt. Das charakterisiert Sie und Ihre Arbeiterfreundlichkeit. (Große Unruhe.)

Der Zentrumsmann als „Arbeiterfreund“.

Stadtv. **Sckeyde** (Zentr.): Wenn ich zu dieser Sache das Wort nehme, so geschieht das nicht, um mich sachlich in die Debatte zu mischen. Ich möchte nur die Frage aufwerfen, **wohin es führen soll,** wenn hier unsere Sitzungen mit derartigen Einzelfragen ausgefüllt werden. Das dauert nun schon eine ganze Zeit über an, daß die beiden Herren **immer wieder hier Arbeiterwünsche vortragen,** die eigentlich vor den Magistrat gehören und die Stadtverordneten-Versammlung garnichts angehen. Die beiden Herren tun immer so, **als ob sie die einzigen Vertreter der Arbeiter hier wären. Herr Löbe hat,** das muß zugestanden

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Maxim Gorki und die russische Akademie der Wissenschaften. Aus Petersburg wird gemeldet, daß Maxim Gorki, zum zweiten Male von den Akademikern als Mitglied der Akademie der Wissenschaften vorgeschlagen wurde. Nun war aber Maxim Gorki alias Pieschkow bereits im Jahre 1902 zum Ehrenmitglied der russischen Akademie der Wissenschaften ernannt; die russischen Zeitungen berichteten jedoch von der Ungiltigkeit dieser Wahl. Diese im Namen der russischen Akademie abgegebene Erklärung war gefälscht. Zur Bekräftigung dieser Tatsache mag folgende Eingabe des berühmten russischen Mathematikers und Akademikers A. A. Markow an die russische Akademie der Wissenschaften dienen: „Indem ich wünsche, hoffe und glaube, daß durch das allerhöchste Manifest vom 25. Dezember 1904 eine neue Aera der Gesetzlichkeit für Rußland anbricht, erachte ich für meine Pflicht, die allgemeine Versammlung an die beispiellose Verletzung des Gesetzes zu erinnern, die in dem Falle des Ehrenmitgliedes Pieschkow zu Tage getreten ist, welcher bis jetzt in das Verzeichnis der Akademiker nicht eingetragen und so der Möglichkeit beraubt ist, die Rechte des Ehrenakademikers zu genießen. Allerdings war die Kassierung der Wahl Pieschkows zum Ehrenmitglied angeblich im Namen der Akademie der Wissenschaften in den russischen Zeitungen bekannt gegeben; aber wir wissen, daß diese Erklärung falsch ist. Solche Erklärungen haben nur dort Wirkung, wo eine unbegrenzte Willkür herrscht, und fallen nach ihrer Beseitigung in sich zusammen. Deshalb schlage ich vor, jetzt den Namen Pieschkow in das Verzeichniß der Ehrenakademiker einzutragen und ihn einzuladen, an der Tätigkeit der Akademie nach dem Gesetz teilnehmen“. Nach der Freilassung Gorki's fand eine Besprechung mehrerer russischen Akademiker statt, die nun beschlossen haben, den Dichter zum zweiten Male als Mitglied der Akademie vorzuschlagen.

Aus aller Welt.

„Deutschland, Deutschland über alles“. Daß Hoffmann von Fallersleben mit diesem Gedichte, das als patriotisches Lied in allen Schulen und bei allen passenden Gelegenheiten mit Begeisterung gesungen wird, einmal zu großem Aergernisse, ja zu so großem Aergernisse Anlaß geben würde, daß Zivil- und Strafrichter in Funktion treten müssen, das hat wohl niemand gedacht, und doch ist das jetzt in Hamburg der Fall. Das „Hamb. Fremdenbl.“ berichtet darüber:

Ein hiesiger Bund von Alkoholgegnern beauftragte vor kurzem seinen Materialverwalter, eine Anzahl Kommers-, sagen wir lieber Liederbücher, anzuschaffen. Die Bücher kamen, und eines Abends saßen die Ordensbrüder zusammen und erfreuten ihr Herz durch lieblichen Gesang. Dann stieg das Lied „Deutschland Deutschland über alles“, und alle sangen mit Begeisterung, bis plötzlich gleich nach Beginn der zweiten Strophe der Gesang mit einem schrillen Mißton abbrach und die Sänger unter unheimlicher Stille mit Entsetzen einander anschauten und dann ins Liederbuch blickten. Ja, das Entsetzliche war wahr, da stands mit großen Lettern, mit großen trunkenen Lettern: „Deutscher Wein und deutscher Sang“. Die Liederbücher wurden schleunigst gesammelt und dem Materialverwalter mit dem Bemerken übergeben, daß er die Buchhändler-Rechnung aus eigener Tasche bezahlen solle. Die weitere Folge war ein Streit in dem Vorstande des Ordens, aus dem bereits eine Anklage gegen ein Mitglied wegen Unterschlagung herausgebrodelt ist. Ein Zivilprozeß ist schon im Entstehen begriffen.

Um den Streit zu schlichten, schlagen wir vor, den Dichter wie folgt zu korrigieren: „Deutsche Frauen, deutsche Treue, deutsche Milch und deutscher Sang“.

Die Reue. In der Biskuitfabrik von de Beukelaer in Antwerpen haben 3 Angestellte während eines Zeitraumes von 5 Jahren den Arbeitern geringere als die verbuchten Löhne ausgezahlt. Die unterschlagene Summe beläuft sich auf etwa eine halbe Million. Einer der Defraudanten beging Selbstmord aus Reue und enthüllte in einem nachgelassenen Schreiben den Betrug. Hierauf erschoß sich auch der zweite der Defraudanten.

Wegen 40 Mark fünf Jahre Zuchthaus! Das Düsseldorfer Schwurgericht verurteilte den 24jährigen Metzger Heinrich Loges, der in der Nacht zum 24. Dezember in der Nähe von Mülheim a. Rh. einem Arbeitskollegen gewaltsam die Börse mit 40 Mk. Inhalt abgenommen hatte, wegen Straßenraubes zu 5 Jahren Zuchthaus. Die Geschworenen hatten gegen den bisher noch unbescholtenen Angeklagten die Schuldfrage unter Ausschluß mildernder Umstände bejaht, worauf das Gericht dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf die für diesen Fall geringste zulässige Strafe erkannte. — Auch dieses Urteil gehört zu den Ausgeburten des Rechtsbewußtseins der Klasse, aus denen die Geschworenen hervorgehen.

Der Steuern wegen . . . . Dem alten Grundsatz, daß der Hehler schwerer zu bestrafen sei als der Stehler, folgte auch die dritte Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin. Wegen fortgesetzten Diebstahls war der 20jährige Handlungsgehilfe Willi Hickler angeklagt, während sich der Handelsmann und Schankwirt Albert Kaspereit und dessen Ehefrau wegen gewerbsmäßiger Hehlerei verantworten mußten. Kaspereit und seine Frau betrieben ein kleines Grünkramgeschäft mit Flaschenbierverkauf. Dieses kleine Geschäft erhielt einen auffälligen Zulauf von einer großen Anzahl Frauen aus der Nachbarschaft, denn es war ein offenes Geheimnis, daß die Kaspereit'schen Eheleute, „um die hohen Steuern zu sparen,“ ganz im Stillen einen schwunghaften Handel mit Herren- und Damenwäsche betrieben. Die Waren wollten sie als „Gelegenheitskäufe“ erworben haben. Die Kriminalpolizei interessierte sich nun auch für diese Gelegenheitskäufe. Sie beobachtete denn auch bald, daß fast allabendlich der Hausdiener der Wäschegroßfirma Paul Wolff mit einem großen Paket in dem Grünkramgeschäft erschien und sich nach Verabfolgung eines guten Trinkgeldes wieder entfernte. Eine Nachfrage bei der Firma Wolff ergab, daß hier von den geheimnisvollen Warenlieferungen nichts bekannt war. Weitere Nachforschungen ergaben, daß jener Hausdiener nicht der Dieb war, sondern von dem jetzigen Angeklagten Hickler, dem eigentlichen Diebe, als Werkzeug benutzt wurde. Hickler genoß in der Firma Wolff einen Vertrauensposten, da ihm fast das ganze Wäschelager unterstand. Der Bestohlene beziffert seinen Schaden auf 8000 Mk. Vor Gericht war Hickler geständig, während die Kaspereit'schen Eheleute leugneten. Sie wurden aber überführt und zu je einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Hickler kam mit einer Strafe von neun Monaten Gefängnis davon.

Schlagende Wetter wurden durch Kinder am Sonntag nach einem Telegramm aus Homburg in der Pfalz an der am Riesstollen belegenen nicht bearbeiteten Grube „Konsolidiertes Nordfeld Waldmohr“ entzündet. Es erfolgte eine Explosion, bei der vier Knaben getötet und einer schwer verletzt wurde.

Amtlich wird der Unglücksfall wie folgt dargestellt: Fünf Knaben im Alter von 13 und 14 Jahren, sämtlich Bergmannssöhne, von denen zwei Brüder sind, aus Frankenholz (Pfalz) warfen Sonntag Nachmittag in einen vermauerten Schacht der unlängst stillgelegten Grube Nordfeld bei Waldmohr ein brennendes Streichholz, das die schlagenden Wetter in dem Schachte, die sich in reichlicher Menge angesammelt hatten, in Brand setzte. Es erfolgte eine gewaltige Explosion, die die Vermauerung zertrümmerte. Drei Knaben waren sofort tot, der vierte starb nach einer halben Stunde, während der fünfte tödlich verletzt darniederliegt.

Ein Musterpädagoge. Sonderbare Auffassungen über das Züchtigungsrecht der Lehrer förderte eine Verhandlung vor der Düsseldorfer Strafkammer gegen den Hauptlehrer Brockers von der katholischen Volksschule in Steinbüchel (Kreis Opladen) zutage, der wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt war. Brockers hatte am 11. Juli einen zwölfjährigen Schüler, der einen Satz an der Wandtafel nicht zu lesen vermochte, aus der Bank herausgerissen, am Halse gewürgt und mit dem Kopfe gegen die Tafel gestoßen. In der umfangreichen Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß Brockers die Kinder vielfach mit der einen Hand an der Kehle, mit der anderen am Hinterkopf festzuhalten und heftig zu schütteln pflegte, „weil das die Denkfähigkeit anregte“, daß er wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechts von der königlichen Regierung bereits vorbestraft ist, und daß seine Kollegen häufig

werden, in sehr sachlicher Form seine Wünsche vorgetragen. Aber das ist alles bloß Dekoration. Dahinter steckt die politische Mache! Es ist alles darauf zugeschnitten, die anderen Parteien als weniger arbeiterfreundlich hinzustellen. Dagegen muß endlich einmal Einspruch erhoben werden. Diese einseitige Darstellung von Arbeiterforderungen gehört nicht vor die Stadtverordneten-Versammlung. Die müssen dem Magistrat vorgelegt werden und wenn der sich weigert, dann erst kann die Sache hier zur Sprache gebracht werden. Das bisherige Vorgehen der beiden Herren Schütz und Löbe ist aber durchaus geeignet, das gute Einvernehmen mit dem Magistrat zu stören. Der Magistrat tut seine Pflicht, aber die Angriffe von jener Seite müssen erbittern. Ich bin niemals für Arbeiterausschüsse zu haben und auch nicht dafür, daß man hier die Sache breittritt. Damit sollte ein Ende gemacht und vor der Stadtverordneten-Versammlung nicht mehr solche Reden gehalten werden. Das entspricht nicht unserer Aufgabe. Es sieht viel besser aus, wenn wir warten, bis der Magistrat pflichtgemäß eine Lohnaufbesserung für nötig hält. Er wird das besser wissen, als der Stadtv. Löbe.

Stadtv. Stein (Antisemit: freie Vgg.): Vorweg möchte ich bemerken, daß Herr Eckende nur für seine Person gesprochen hat. Die Mehrzahl seiner politischen Freunde stehe auf dem Boden der Arbeiterausschüsse. Redner wundert sich, daß der Stadtrat zugeben müsse, daß eine so lange Arbeitszeit besteht und tatsächlich den Arbeitern kein freier Sonntag zur Verfügung steht. Die Versammlung habe sehr wohl das Recht und die Pflicht, solche Sachen hier vorzubringen, denn die Beschwerde an den Magistrat sei für die Arbeiter sehr gefährlich. Das wisse er von den Beamten her. Diejenigen nämlich, die einmal gegen den Magistrat geklagt haben, werden später immer noch zurückgesetzt.

Noch ein schwarzer „Arbeiterfreund."

Stadtv. Jeron (Zentrum): Ich habe nicht die Absicht, mich bei den Arbeitern in ein besseres Licht zu stellen, wie das die Herren Schütz und Löbe wohl zu tun pflegen. Die Herren brauchen nicht zu glauben, daß sie die alleinigen Freunde der Arbeiter seien. Der Magistrat hat zum großen Teil die Wünsche zu erfüllen zugesagt und auch in Aussicht gestellt, daß eine Erhöhung der Löhne eintritt. (Zuruf: Steht ja schon im Etat!) Jawohl, im Etat steht's auch schon. (Heiterkeit.) Aber unbeantwortet ist immer noch geblieben, warum es nicht möglich sein soll, alle vier Wochen jedem Kärrner einen freien Sonntag zu gewähren. Welcher Konfession man auch angehören mag, dafür sollten alle eintreten, daß jeder Arbeiter auch Zeit hat, den Gottesdienst zu besuchen.

Klerikale Jasager.

Stadtv. Löbe: Herr Eckende hat Betrachtungen über das gute Verhältnis zwischen Magistrat und Stadtverordneten angestellt, ich wünschte er hätte seine Mahnungen an Herrn Finger und Herrn Stein gerichtet (Stürmische Heiterkeit), die das gute Verhältnis nach der Meinung des Bürgermeisters auch trüben. Ich für meinen Teil lehne es ab, als Jasagemaschine zu funktionieren (Unruhe), wenn Herrn Eckende die Rolle gefällt, ist es seine Sache, ich mache dabei nicht mit. (Lachen.) Und über meinen Ton lasse ich mir von Ihnen, Herr Eckende, keine Vorschriften machen, darüber entscheidet der Herr Vorsteher dort oben, Sie sind nicht mein Unteroffizier (Große Heiterkeit links, Unruhe rechts.) Sie beklagen sich über die politische Ausbeutung unserer Vorträge an dieser Stelle. Es liegt ja in Ihrer Hand, das zu ändern, schließen Sie sich doch unseren Beschwerden an oder noch besser, bringen Sie sie vor, dann nehmen Sie uns die Gelegenheit der politischen Ausnutzung. (Gelächter.) Herr Jeron meint, wir wollen uns bei den Arbeitern beliebt machen. Ja, warum haben Sie denn den Kärrnern nicht seit Jahren schon den freien Sonntag verschafft? Warum ließen Sie die auf uns Sozialdemokraten warten. Ich verheimliche es nicht: wenn jetzt eine Besserung eintritt, nehmen wir das auf unser Konto, daran haben wir die Anregung gegeben. Jeron ruft: Das haben wir schon seit Jahren getan. Löbe erwidert: Es hat bloß nichts geholfen. (Stürmische Heiterkeit.) Dem Herrn Bürgermeister gegenüber bemerke ich, daß wir in Sachen der Arbeiterausschüsse ja nicht mehr wollen, als die Königl. Eisenbahndirektion Breslau schon seit Jahren eingerichtet hat. Sie müßten eben, wenn Sie im Magistrat jetzt zu Beratungen über den Urlaub eintreten, auch die Vorsitzenden der Arbeiterausschüsse herbeiziehen können, denn in der Betriebsdeputation sitzt vielleicht kein einziger Mann, der das Arbeiterleben aus eigener Erfahrung kennt. (Unruhe.) Wir scheuen uns durchaus nicht, den Bürgern zu sagen, die Steuern können nicht weiter herabgesetzt werden, weil die Stadt gegenüber ihren Arbeitern noch Pflichten hat. Denn wenn die Steuern herabgesetzt werden und wir dreizehnstündige Arbeitszeiten beibehalten, ermäßigen wir die Steuern, weil wir unsere Arbeiter ausbeuten! (Große Unruhe.)

Bürgermeister Muehl: Die letzte Äußerung des Stadtverordneten Löbe erfordert einen entschiedenen Protest. Die Stadt beutet keinen Arbeiter aus: im Gegenteil: die Stadt ist ein sehr wohlwollender Arbeitgeber, weit wohlwollender als viele Private je sein werden. Wir haben den Arbeitern mit der Zeit fortschreitend am Lohn zugelegt, aber allen gleich zu bezahlen, das ist unmöglich. Wer niedere Arbeiten verrichtet, kann nicht so gut bezahlt werden, wie ein Beamter. Das ist ein alter Grundsatz und daran müssen auch wir festhalten. Wenn da die Löhne manchem niedrig erscheinen, so müssen sich die „Freunde der Arbeiter", die ihnen meistens erst recht einreden, daß sie viel fordern dürfen, damit abfinden. Dem Stadtv. Stein kann ich nur sagen, was der Oberbürgermeister ihm schon oft gesagt hat: Führen Sie uns Einzelfälle an, mit allgemeinen Behauptungen ist garnichts gemacht. Redner bestreitet, daß den klagenden Beamten irgend etwas in den Weg gelegt worden.

Die Kärrner fahren spazieren!

Stadtv. Dr. Hasse: Da Stadtv. Löbe die lange Arbeitszeit der Kärrner so hervorhebt, so möchte ich darauf hinweisen, daß ihre Arbeit mit derjenigen von Fabrikarbeitern nicht zu vergleichen ist. Ein großer Teil ihrer Arbeit besteht darin, daß sie, auf ihrem Wagen sitzend, langsam durch die Straßen fahren zum Abladeplatz. Das ist doch keine so anstrengende Arbeit, daß man dabei von Ausbeutung reden kann. Das trifft ganz und gar nicht zu.

Stadtv. Stein (Antisemit): Wenn der Bürgermeister nicht weiß, daß klagende Beamte gedrückt werden, mag er doch einmal die Urlaubs- und die Unterstützungsgesuche der letzten Jahre durchsehen. Da wird er finden, daß auf manchem Gesuch der Vermerk steht: Antragsteller ist Kläger! Was dieser Vermerk bedeutet, brauche ich nicht erst hervorzuheben. Sollte der Herr Bürgermeister diesen Vermerk nicht finden können, dann bin ich auch bereit ihm Namen zu nennen.

Stadtrat Dr. Rive bestreitet, daß die Angaben Steins richtig seien. Nie sei ihm ein solcher Vermerk vor Augen gekommen, trotzdem er jedes derartige Gesuch zu prüfen habe. Wenn Stadtv. Stein nicht Namen nenne, dann nehme er den Vorwurf auf sich, daß er äußerst schwere Anschuldigungen leichtfertig erhebe.

Stadtv. Heilberg weist darauf hin, daß Stein denselben Vorwurf schon früher gemacht habe, ohne jedoch den Beweis anzutreten. Die Stadt sorge gut für die Beamten.

Ausbeutung oder nicht?

Stadtv. Löbe: Wenn ich das Wort ausbeuten angewendet habe, so geschah das mit voller Ueberlegung. Meine Herren! Im Breslauer Baugewerbe herrscht die 10stündige, in der Metallindustrie die 10stündige, in der Holzbranche die 9½stündige, sogar in der Textilindustrie die 11stündige Arbeitszeit, unsere Kärrner müssen 13 Stunden arbeiten, das nenne ich Ausbeutung. Und wenn wir den Lohn durch 13 Stunden dividieren, nimmt er sich sehr kläglich aus. Aber auch das Herumfahren auf dem schmutzigen Karren ist doch nicht so leicht, als der Herr Stadtrat glaubt. Es geschieht doch nicht nur an schönen Frühlingstagen, sondern auch bei drückender Hitze, im Staube des Mülls, bei Regen, bei Kälte und Schnee. Und wenn der Kärrner die Karre besteigt, da zittern ihm noch die Knochen vom Aufladen der schweren Kasten. So leicht ist die Arbeit wahrhaftig nicht.

Bezahlte Agitatoren!

Stadtv. Eckende (Zentr.): Es liegt mir fern, dem Stadtv. Löbe gute Lehren geben zu wollen, das hätte ja auch keinen Zweck. Aber ich kann doch wohl gegen etwas protestieren, was mir nicht paßt. Und das habe ich getan und tue ich hiermit wieder. Die Art, wie die beiden Herren da hier immer wieder die Arbeiterfrage behandeln, ist höchst einseitig. Die Herren, die ein Mandat annehmen, um nur den Arbeitern zu dienen, können keine guten und pflichttreuen Stadtverordneten werden. Ein pflichttreuer Stadtverordneter soll der ganzen Bürgerschaft dienen. Das tun die Herren aber nicht, wenn sie bloß immer die Arbeiter hier vertreten. Herr Löbe sollte wenigstens den Etat studieren, da würde er beim Durchlesen einiger Jahrgänge schon finden, wie die Arbeiterlöhne langsam gestiegen sind. Aber die Herren können ja nicht anders, als die Interessen derer wahrzunehmen, von denen sie bezahlt werden. Denn bezahlte Agitatoren sind Sie doch einmal, das können Sie nicht bestreiten. (Ruf: Pfui!)

Der Ordnungsruf!

Stadtv.-Vorsteher Dr. Freund: Ich muß den Redner darauf aufmerksam machen, daß es unzulässig ist, von einem Mitgliede der Versammlung als bezahlter Agitator zu reden, in Verbindung mit seiner Tätigkeit als Stadtverordneter. (Herr Eckende nimmt den Ordnungsruf mit einer freundlichen Verbeugung entgegen, seine Parteifreunde dagegen beginnen ein wildes Schreien: Und ausbeuten? Auch zur Ordnung rufen! In dem Tumult ist kaum verständlich, daß der Vorsitzende es ablehnt, den Stadtverordneten Löbe zur Ordnung zu rufen, da er keine Personen angegriffen und seine Ausführungen vom Magistrat sofort beantwortet wurden. Lebhafter, aber erfolgloser Widerspruch).

Stadtv. Löbe: Das Eingreifen des Herrn Vorstehers gegenüber Herrn Eckende überhebt mich einer Antwort an den Herrn. Er hat von pflichttreuen Stadtverordneten gesprochen, ich werde mich bemühen, ein solcher zu werden, davon wird er noch öfter Beweise erhalten. Wenn Herr Eckende so viel arbeitet, wie die „bezahlten Agitatoren", dann wird es gut sein.

Damit schließt die Debatte. Da Anträge nicht gestellt waren, wurde in der Abstimmung der Marstall-Etat vorläufig festgesetzt.

* * *

Unsere Leser werden gut tun, sich den Bericht aufzuheben. Er zeigt vor allem, wie notwendig eine Arbeitervertretung auf dem Rathause ist und gleichzeitig, wie ungern die Leute dort oben die Anwesenheit der Arbeitervertreter sehen. Als Schlesinger sagte: Die Sozialisten hätten den Herren mit Arbeiterfragen zu viel Zeit weggenommen, da sprach er das aus, was die Mehrheit heute noch denkt: Wenn andere als die Interessen der Grundbesitzer und Grundstücksspekulanten zur Sprache kommen, hat man nicht Zeit dafür! Im übrigen verweisen wir auf den Bericht unter „Lokales".

Deutscher Reichstag.

173. Sitzung am Montag, den 27. März 1905, 11 Uhr Vormittags.

Am Bundesratstische: von Einem, Freiherr von Stengel.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Militäretats.

Zu Kapitel 27 Artillerie und Waffenwesen erhält das Wort:

Abg. Zubeil (Soz.). Er nimmt Bezug auf die Broschüre eines Hauptmanns a. D. über die mangelhaften technischen Einrichtungen in den Spandauer Militärwerkstätten. Den Standpunkt des Verfassers, daß die Offiziere technisch nicht genug vorgebildet seien zur Leitung solcher Institute, habe er, Redner, seit Jahren hier vertreten. Das mangelhafte System verschulde auch die schlechte Behandlung der Arbeiter. Redner führt auch noch Beschwerde darüber, daß konservativerseits politische Agitation in den Militärwerkstätten getrieben werde.

Die Brutalitäten eines Ingenieurs, die ich im vorigen Jahre vorbrachte, wurden bestritten. Jetzt haben sie dazu geführt, daß ein Arbeiter diesen Ingenieur ohrfeigte. Der Arbeiter wurde vom Gericht nicht mit Gefängnis, sondern nur mit Geldstrafe belegt, ausdrücklich mit Rücksicht auf die Brutalität dieses Vorgesetzten. (Hört, hört! bei den Soz.)

Abg. Dr. Becker-Cöln (Ztr.) protestiert gegen den Ton, den der Abg. Zubeil angeschlagen habe und tritt des weiteren für die Besserstellung der Meister bei den Werkstätten der Militär-Verwaltung ein.

Abg. Dr. Lucas (ntl.) befürwortet die Wünsche der Verwaltungsschreiber und Reform auf dem Wohnungs- und Versicherungswesen der Werkstättenarbeiter. (Bravo b. d. Natl.)

Generalmajor Sixt von Armin verteidigt die Gehaltserhöhungen bei den höheren Beamten, die durch die Neuorganisation bedingt waren, entschuldigt das Unterlassen weiterer Lohnaufbesserungen mit der durch die Etatslage gebotenen Sparsamkeit und gibt der Hoffnung Ausdruck, beim nächsten Etat auch für die Meister und Unterbeamten eine Aufbesserung durchsetzen zu können. (Bravo.) Die Frage des Urlaubs und des Achtstundentages kann nur für das ganze Reich geregelt werden. Der geohrfeigte Ingenieur war zu schroff, aber die Brutalität lag auf Seiten des Arbeiters. Dem neuen Wahlverein steht die Heeresverwaltung vollkommen fern. Ich werde Beschwerden des Abg. Zubeil eingehend prüfen und, wenn nötig, Remedur eintreten lassen.

Schatzsekretär Frhr. von Stengel, erklärt, daß die Frage der kommunalen Besteuerung der Reichsbetriebe die betreffenden Ressorts beschäftigt, daß in Kiel bereits eine Besteuerung eingeführt sei und in Spandau eingeführt werden solle. (Beifall.)

Abg. Becker-Köln (Zentr.) bittet um Einführung der kommunalen Besteuerung der Reichsbetriebe in Siegburg.

Abg. Zubeil (Soz.) bezeichnet die Ohrfeige, die der Ingenieur Backmann habe, als unbedingt notwendig und weist darauf hin, daß in der Privatindustrie höhere Löhne bezahlt werden. (Beifall b. d. Soz.)

Das Kapitel wird bewilligt. Desgleichen der Rest des Ordinariums. Beim Tit. 8 des Extraordinariums (Beschaffung von Handwaffen) weist

Abg. Eickhoff (frs. Vp.) die Angriffe des Abg. Beumer auf die Firma Ehrhardt in Düsseldorf zurück. Das Reich hat die Krupp'schen Panzerplatten teurer bezahlt, als die amerikanische Regierung die Platten der amerikanischen Firmen bezahlt.

Kriegsminister von Einem erklärt auf eine Bemerkung des Vorredners, daß Krupp schon 1900 ein Rohrrücklaufgeschütz hergestellt habe. Eine Monopolstellung besitzt Krupp durchaus nicht.

Abg. Dr. Beumer (natl.) hält seine Behauptung, daß Ehrhardt in widerrechtlichem Verkehr mit Angestellten der Firma Krupp gestanden habe, unter Verlesung von Zeugenaussagen und Erklärungen im vollen Umfange aufrecht. Die Budgetkommission ist in gröbster Weise getäuscht worden. Man hat, um sie gegen die Firma Krupp einzunehmen, die Preise Krupp'scher Ganzfabrikate mit Preisen der Halbfabrikate der Konkurrenz zusammengestellt. Die Gewinne der Firma Krupp werden maßlos überschätzt, sie hat vielmehr mehrfach mit großen Verlusten gearbeitet. (Widerspruch des Abg. Singer.) (Bravo bei den Natl.)

Abg. Erzberger (Zentr.) wendet sich dagegen, daß der Streit der beiden Firmen auf der Reichstagstribüne ausgefochten wird, protestiert gegen die Begünstigung einer Firma durch die diplomatischen Vertreter Deutschlands im Auslande und betont aufs neue, daß Krupp noch vom Deutschen Reiche sich die alten hohen Preise zahlen ließ, als die amerikanischen Fabriken bereits billigere Platten lieferten. (Hört, hört! bei den Freis.) Dabei sind in Amerika höhere Arbeitslöhne. Krupp verlangte früher für ein Geschoßrohr 3500 Mk. Ehrhardt einige Jahre später nur 1950, ja teilweise nur 1300 Mk. (Hört, hört! links.) Der Reichstag muß dafür sorgen, daß sich keine Monopolstellung für militärische Bedarfsartikel herausbilde. (Beifall im Zentrum und bei den Freis.)

Kriegsminister v. Einem gibt zu, daß das Auswärtige Amt von der Militärverwaltung günstige Auskünfte über die Firma Krupp erhalten habe. Ich muß zugeben, daß durch die Konkurrenz ein großer Preissturz, so z. B. für Stahlkerne, eingetreten ist. (Hört, hört! im ganzen Hause mit Ausnahme der Natl.) Und dieser Preissturz ist zum großen Teil der Firma Ehrhardt zu danken. (Beifall und lebh. Hört, hört! links.)

Abg. Singer (Soz.): Es ist eine bekannte Tatsache, daß Krupp und andere große Firmen nach dem Auslande billiger liefern, als nach dem Inlande; das liegt eben im Wesen der Kartelle und Monopole begründet. Uns interessiert nicht der Konkurrenzkampf, sondern ausschließlich das finanzielle Interesse des Reiches. Die Regierung soll — natürlich unter Voraussetzung gleich guter Ware — ihren Bedarf an der billigsten Quelle decken. Jedenfalls ist die Firma Krupp erst durch die Firma Ehrhardt genötigt worden, billiger zu werden. Mit hohen Arbeitslöhnen kann die Firma Krupp sicherlich nicht ihre teuren Preise rechtfertigen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn der Staatssekretär des Auswärtigen die Firmen aufgefordert hat, sich zu einigen, so hat er damit das finanzielle Interesse des Reiches schlecht gewahrt, denn eine Einigung würde eine Fusion und eine Fusion eine Schädigung des Reichssäckels um Millionen bedeuten. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Kriegsminister v. Einem erklärt, daß die diplomatische Vertretung Deutschlands in der Schweiz, in Holland usw. es den betreffenden Regierungen überlassen hat, zwischen den beiden Firmen zu entscheiden. Ich kann mir nicht denken, daß der Botschafter in Konstantinopel von diesem Gebrauche abgewichen sei. Krupp ist wiederholt durch eigenes Angebot mit dem Preise heruntergegangen, (Hört, hört! b. d. Natl.) namentlich bei Artikeln, für die Krupp ein tatsächliches Monopol besitzt.

Abg. Eickhoff (freis. Vp.): Frhr. v. Richthofen hat in der Kommission zugeben müssen, daß in Konstantinopel die Firma Krupp einseitig begünstigt worden ist. Abg. Beumer hat die schweren Angriffe gegen den Geheimrat Ehrhardt nicht zurückgenommen, gegen denselben Mann, den er zweimal sogar angedichtet hat. (Heiterkeit.) Auch uns interessiert nicht die Konkurrenz der beiden Firmen, sondern die Beseitigung der tatsächlichen Monopolstellung der Firma Krupp. (Lebh. Beif. b. d. Freis.)

Abg. Dr. Beumer (natl.) macht darauf aufmerksam, daß es schon 10 Jahre her ist, seit er den Geheimen Baurat Ehrhardt angedichtet hat. Ich will das auch nie wieder tun. Die Firma Ehrhardt hat einmal Andeutungen gemacht, daß ein deutscher Diplomat von Krupp bestochen sei. (Die Abgg. Stadthagen und Hue rufen: Sehr deutliche Andeutungen!)

Die Titel werden bewilligt, ebenso der Rest des Extraordinariums und die Einnahmen. Damit ist der Militäretat erledigt. Der Etat für die Expedition nach Ostasien wird debattelos bewilligt.

Es folgen die Abstimmungen über die 21 Resolutionen zum Etat des Reichsamts des Innern. Es werden angenommen die Zentrumsresolutionen betr. die Herausgabe eines Handwerkerblattes und eine Statistik über die Wandergewerbescheine, betr. Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmungen und der Kranken- und Invalidenversicherung auf Heimarbeiter, betr. Verordnungen für Verarbeitung giftiger und explosiver Stoffe, betr. Maximalarbeitstag und Verbot der Sonntagsarbeit in Glashütten, betr. Einschränkung der Ausnahmen von der Sonntagsruhe, betr. Schutz der Bauhandwerker und besondere Aufsichtsbeamte aus dem Arbeiterstande, betr. erhöhten Schutz der Gehilfen und Bureaubeamten bei Rechtsanwälten, Notaren, Gerichtsvollziehern und Krankenkassen. Ferner werden angenommen die freisinnigen Resolutionen auf Zulassung der Oberrealschulabiturienten zu den ärztlichen Prüfungen, und auf einheitliche Regelung des Verkehrs mit Automobilen und auf Erleichterung für Agenten. Die übrigen Resolutionen werden abgelehnt meist gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, zum Teil gegen die Sozialdemokraten und das Zentrum.

Darauf wird die Etatsberatung bei der noch nicht erledigten Position zum Postetat (Postgebäude in Rüdesheim) fortgesetzt. Nach einer langen und vielfach durch Zwischenrufe unterbrochenen Rede des Abgeordneten Bartling (Natl.) und kurzen Bemerkungen des Staatssekretärs Kraetke und des Abg. Singer (Soz.) wird die Position gegen die Stimmen der Nationalliberalen bewilligt. Bei dem noch ausstehenden Rest vom Marineetat wird unter Ablehnung eines Streichantrags Gröber (Zentr.) auf Befürwortung des Staatssekretärs von Tirpitz die geforderte Zulage von je 1150 Mark für 29 Fregattenkapitäne bewilligt. Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr. (Etatsreste. Wahlprüfungen.)

---

worden über ihr waren, wenn die Jammerlaute der gezüchtigten Kinder bis in ihre Schlafzimmer drangen. Obgleich auch der Kreisschulinspektor das unter Anklage stehende Verfahren als ein abscheuliches bezeichnete, gelangte die Strafkammer zur Freisprechung der Angeklagten mit der Begründung, daß eine schwere Ueberschreitung des Züchtigungsrechts nicht vorliege. Hoffentlich wird man jetzt disziplinarisch gegen diesen eigenartigen Erzieher vorgehen.

Die Genickstarre ist, nach der „Tägl. Rundschau", auch im Dorfe Girndt bei Konitz ausgebrochen. Eine ganze Anzahl von Personen, namentlich Kinder, sind erkrankt. Eine Person ist der Krankheit bereits erlegen. Kreisarzt Dr. König hat alle Vorsichtsmaßregeln getroffen. Die Schulen wurden geschlossen.

Durch einen Erdabsturz wurde am Sonnabend bei Semlin eine Frau verschüttet; als eine Militärabteilung aus der Honvedkaserne zu den Rettungsarbeiten herbeieilte, erfolgte ein neuer Einsturz, wodurch sieben Soldaten verschüttet und 14 teils schwer, teils leicht verletzt wurden. Ein Soldat und die alte Frau wurden tot hervorgeholt; 2 Soldaten befanden sich am Sonntag noch unter den Erdmassen; an ihrer Rettung wird gearbeitet.

Auf einer Schneeschuhfahrt des Luzerner Skiklubs verunglückte, nach der „Basler Zeitung", ein Teilnehmer, indem er auf rutschende Schneemassen geriet und verschüttet wurde. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

Ein großer Vulkanausbruch hat zu Anfang des Jahres in Nicaragua stattgefunden und scheinbar eine neue Periode der Eruption in diesem Gebiet eingeleitet. Wie jetzt über London von dorther berichtet wird, ist der Vulkan Momotombo der gegen 1300 Meter hoch ist und lange Zeit für erloschen galt, in lebhafter Tätigkeit begriffen. Das Naturereignis ist noch aus einem besonderen Grund beachtenswert. Der Berg liegt an der Nordwestküste des Managua-Sees und nur etwa 140 Kilometer von der Linie entfernt, die für den Nicaragua-Kanal in Aussicht genommen war. Als der Plan des Nicaragua-Kanals noch ernstlich erwogen wurde, machten bereits namhafte Geologen auf die Unsicherheit des Gebiets aufmerksam, und der jetzige Vulkanausbruch zeigt, wie sehr diese Warnung begründet gewesen ist.

Abgeordnetenhaus.

169. Sitzung vom 27. März 11 Uhr.

Am Ministertisch Graf Bülow, Freiherr v. Rheinbaben, Möller.

Zunächst wird an Stelle des Abg. Marx (R.), Abg. Graf Praschmar (Z.) zum Schriftführer gewählt.

Es folgt die

erste Beratung der Novelle zum Berggesetz

(Bergarbeiterverhältnisse). Die Vorlage enthält Bestimmungen über die Bildung von Arbeiterausschüssen über die Arbeitszeit, über Strafgelder und über das Verbot des Wagennullens.

Ministerpräsident Graf Bülow:

Die Erörterungen der Novelle über die Arbeiterverhältnisse in der Presse, in Vereinen und auch in den parlamentarischen Körperschaften waren nicht immer objektiv, sondern vielfach beherrscht von wirtschaftlichen und Parteiinteressen. Das hat seinen Grund darin, daß der Gesetzentwurf angekündigt wurde, während eines Kampfes, der nicht nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern auch weitere Kreise in zwei Lager getrennt hat. Man hat mit Unrecht den Gesetzentwurf ein Notgesetz, ein Gelegenheitsgesetz, ein Verlegenheitsgesetz genannt. Schon vor dem Ausbruch des großen Bergarbeiterstreiks war die Regierung mit Gesetzentwürfen beschäftigt, die das Stilllegen der Zechen und das Knappschaftswesen regeln sollten. Es schwebten auch schon Erwägungen über gesetzliche Maßnahmen zur Regelung des Arbeitsvertrags. Redner bittet um entgegenkommende, ruhige und sachliche Prüfung der Vorlage. Wenn auch die ausständigen Bergarbeiter im ganzen und großen eine ruhige Haltung bewahrt haben, so hat doch der Streik mit einer Unrechtmäßigkeit begonnen. Die Stimme der Leidenschaft hatte die Oberhand über die besonnene Erwägung behalten. In ihren Lohnforderungen haben die Arbeiter nichts erreicht, ihre materielle Lage hat sich verschlechtert durch den Lohnausfall, der auf 500 bis 600 000 Mark auf den Tag berechnet worden ist. Die Arbeiter haben erfahren, eine wie zweischneidige Waffe ein solcher Lohnkampf ist. Mögen sie dafür

die Hetzer und Wühler

verantwortlich machen, (sehr richtig! rechts) die zur Niederlegung der Arbeit veranlaßt haben. Ich verstehe sehr wohl, daß die Zechenbesitzer mit den kontraktbrüchigen Arbeitern nicht verhandeln wollten. Dieser Widerstand mußte aber aufgegeben werden, als die Regierung im Hinblick auf die schädigenden Folgen dieses Ausstandes mit den Arbeitervertretern in Unterhandlungen getreten war und eine Vermittelung anzubahnen versuchte. (Lebhafte Zustimmung.) Die Zechenbesitzer wollten die Arbeitervertreter in der sogenannten Siebenerkommission nicht als berufene Vertretung der Belegschaften anerkennen, wobei zweifellos eine grundsätzliche Abneigung gegen die Organisationen der Arbeiter mitspielte. (Sehr richtig!) Wenn wir aber sehen, wie die moderne Entwicklung mehr und mehr zu Großbetrieben, zu Riesenbetrieben hindrängt, wie die Kapitalkräfte sich syndizieren und kartellieren und wie das alte Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern mehr und mehr schwindet, da können wir das Bestreben der Arbeiter nicht unbillig finden, sich auch ihrerseits zusammen zu schließen

zu Vereinen und Vertretungen.

(Sehr gut!) Das schwierige Problem, die kartellierten Kapitalkräfte und die Gewerkschaftsbildung in den richtigen, durch das Gemeinwohl gezogenen Grenzen zu halten, ist nicht in dem Sinne zu lösen, wie es die Haltung der Zechenbesitzer und Banken in der Hibernia-angelegenheit und zu den staatlichen Vermittlungsversuchen beim Kohlenbergarbeiterstreik anzeigt, d. h. im Sinn möglichster Ausschaltung des Staates. Der Staat muß seine schützende Hand auch auf diesem Gebiet walten lassen. Die verhetzende Tätigkeit der Sozialdemokratie ist wohl kaum drastischer zu Tage getreten als bei dem Bergarbeiterstreik. Es handelt sich um das allmähliche Wachsen der Saat des Hasses gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, der Unzufriedenheit mit Gott, Staat und Obrigkeit. Der wirklich arbeiterfreundliche Rat des obersten Reichsbeamten, sich nicht zu Ausschreitungen hinreißen zu lassen, wurde von dem Führer der sozialdemokratischen Partei im Reichstage als eine Provokation der Bergarbeiter verschrien, die Ankündigung, daß die Beschwerden der Bergarbeiter durch eine Novelle zum Berggesetz abgestellt werden sollten, wurde als Hohn auf die Lage der Bergarbeiter bezeichnet. In den Kreisen des bergbaulichen Vereins herrscht die Ansicht, daß, wenn die staatlichen Organe sich nicht um den Streik gekümmert hätten, das zu einer völligen

Niederlage der Bergarbeiter

und der Sozialdemokratie geführt haben würde. (Sehr wahr! rechts.) In der Politik kommt es aber nicht nur auf die richtige Gesinnung, sondern auch auf die Anwendung der tauglichen Mittel, auf die Wahl der besten Wege und des Terrains an. Durch die Verlängerung des Streiks wären die Not und das Familienelend vergrößert worden. Not und Elend sind aber der beste Boden für die Sozialdemokratie. Ich werde immer zum Kampf gegen die freiheits- und kulturfeindlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie bereit sein, aber auf schwankendem, brüchigem Boden reite ich keine Attacke. Prüfen Sie mit Wohlwollen die Vorschläge, welche die Staatsregierung Ihnen unterbreitet. Was Sie in Erfüllung der sozialen Aufgaben mit Gerechtigkeit und Unparteilichkeit für die Erledigung dieser Beschwerden tun, das tun Sie gegen die Sozialdemokratie, das tun Sie für die Monarchie. (Beifall im Zentrum.)

Handelsminister **Möller:**

Die Reformbedürftigkeit des allgemeinen Berggesetzes ist bereits seit Jahren anerkannt worden. Ueber einzelne Fragen, wie die Reform des Knappschaftswesens, sind bereits Entwürfe veröffentlicht worden. Auch der § 65 des Berggesetzes ist schon seit langem als reformbedürftig anerkannt. Der Bergbau hat sich unter ihm zwar sehr gut entwickeln können, aber das Gesetz hat sich doch nicht überall als ausreichend erwiesen. Die von uns in den Berggesetznovellen behandelten Fragen sind die notwendigsten. Wir mußten zu ihnen wegen der jetzt ausgebrochenen Bewegung Stellung nehmen. Wenn uns das auch als Schwäche ausgelegt werden könnte, so hat uns das doch nicht veranlassen können, von der Einbringung dieser Vorlagen Abstand zu nehmen. Die Vorlagen enthalten nichts Neues. Ihre wesentlichsten Punkte sind schon seinerzeit vom Abg. Dr. Hammacher als berechtigt anerkannt worden. Auch der bergbauliche Verein hat am 18. Mai 1889 im wesentlichen das anerkannt, was Abg. Dr. Hammacher seinerzeit den Arbeitern zugestehen zu können glaubte. Nur in Bezug auf die Arbeiterausschüsse waren die Meinungen geteilt. Schon 1890 hat die Reichsregierung in der Novelle zur Gewerbeordnung

Arbeiterausschüsse

gefordert, nur glaubte man sich damals mit fakultativen Ausschüssen begnügen zu können. Wo bisher, wie bei den Krankenkassen, Arbeiterausschüsse bestellt wurden, haben sie gut gewirkt und zur Annäherung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geführt; selbst mit ausgesprochenen Sozialdemokraten hat es sich in derartigen Ausschüssen vortrefflich verhandeln lassen. Auch bei der Staatseisenbahnverwaltung und der Verwaltung der Großen Berliner Straßenbahn haben Arbeiterausschüsse segensreich gewirkt. Der letzte Bergarbeiterstreik hat uns nun die Lehre gegeben, die Arbeiter nicht ohne Vertretung zu lassen. Die Siebener-Kommission wurde bekanntlich nicht als Vertretung der Arbeiter anerkannt, und dadurch fielen die Einigungsverhandlungen ins Wasser. Es leuchtet ein, daß in solchen Fällen für eine Vertretung der Arbeiter gesorgt werden muß. Wenn die Arbeitgeber das Mißtrauen gegen die Arbeiterorganisationen überwunden haben werden, wird sich auch im Bergbau ein gutes Verhältnis herstellen lassen. Die Furcht, daß Agitatoren von den Arbeitern gewählt werden, ist übertrieben. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß man mit ihnen gut verkehren kann. Wir wollen kein Präsidia für andere Industrien schaffen, aber der Bergbau nimmt nun einmal eine erhebliche Ausnahmestellung ein. Der zweite Punkt der Vorlage ist

der sanitäre Maximalarbeitstag.

Er ist notwendig, weil die Schächte erheblich tiefer geworden sind und der Gesundheitszustand der Arbeiter zurückgegangen ist. Schon 1889 ist anerkannt worden, daß die Schichtdauer acht Stunden und die Einfahrt in der Regel eine halbe Stunde dauern soll. Hier ist aber eine Verschlechterung eingetreten; denn ein großer Teil der Arbeiter hat jetzt eine Einfahrtszeit von einer Stunde und mehr. Diese verlängerte Einfahrtszeit bei der Zeche „Bruchstraße" ist der Ausgangspunkt des Streikes geworden.

Wenn gesagt worden ist, wir hätten nicht nötig gehabt, diese Frage gesetzlich zu regeln, so haben wir nur das gesetzlich geregelt, was schon im Jahre 1898 in Bezug auf die Einfahrtszeit und die Dauer der Arbeit sowohl von Dr. Hammacher wie vom bergbaulichen Verein generell von allen Zechen anerkannt ist. Was die Regelung der sanitären Verhältnisse betrifft, so haben wir nicht die Tiefe der Zeche, sondern die Temperaturgrenze berücksichtigt. Die Normierung der Grenze auf 22 Grad ist nicht willkürlich festgesetzt, hervorragende Hygieniker haben sogar diese Grenze auf 21 Grad normiert. Die Arbeitszeit ist so bemessen, wie es schon 1889 anerkannt worden ist. Die Behauptung, daß dadurch eine Verteuerung der Kohlenpreise eintreten werde, ist doch eine ganz vage. Das

Wagennullen

ist in den staatlichen Betrieben im Saarrevier überhaupt nicht üblich. Die anstelle des Wagennullens festgesetzten Strafgelder sind nicht zu hoch. Der Generalstreik ist von den Führern nicht gewonnen worden. Der Agitationsstoff und damit die Möglichkeit, von neuem zum Generalstreik aufzureizen, wird durch die Vorlage erheblich vermindert. Die Sozialdemokratie ist allerdings mit der Vorlage nicht zufrieden, das beweisen die

Artikel des „Vorwärts",

als der Gesetzentwurf veröffentlicht wurde. Wir müssen uns das gute Gewissen erhalten, daß wir für anerkannte soziale Uebelstände Abhilfe schaffen. Ich hoffe, daß die große Mehrheit des Hauses dem Gesetzentwurf zustimmen wird. (Beifall.)

Abg. Dr. **v. Heydebrand** (k.):

Wir werden prüfen, ob begründete Beschwerden vorliegen, und wenn das der Fall ist und die zur Abhilfe vorgeschlagenen Mittel zweckmäßig sind, so werden wir die Vorlage annehmen. Wenn Sie aber die Bestimmungen nicht für angebracht halten, so werden wir sie ablehnen. Wir nehmen nur objektive Stellung ein. Redner beantragt, die beiden Berggesetznovellen einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen. Eine Verständigung mit der Regierung über die Stillegung der Zechen wird nicht schwer sein. Es muß aber ein Unterschied gemacht werden zwischen Zechen, die im Betriebe sind und solchen Bergwerken, die nicht im Betriebe sind. Was die Arbeitszeit betrifft, so könnten wir vom rein wirtschaftlichen Standpunkte einem festen Arbeitstag nicht zustimmen, wohl aber werden die vorgeschlagenen Vorschriften vom gesundheitlichen Standpunkt zu prüfen sein. Wenn sich für das Wagennullen, das eine **ganz verständige Maßregel** zu sein scheint, ein anderes Mittel finden läßt, so wird die Vorlage daran nicht scheitern.

Was die obligatorischen Arbeiterausschüsse betrifft, so müssen Maßnahmen getroffen werden, die es verhindern, daß diese Einrichtungen Organisationen der Sozialdemokratie werden und zu einem Terrorismus ausgestaltet werden. Diesen meiner Freunde ist es zweifelhaft, ob der Zeitpunkt der Einbringung der Vorlage richtig gewählt ist. (Sehr richtig! rechts.) Es scheint, als hätte die Regierung gegenüber einer Gewalt Konzessionen gemacht. (Sehr gut! rechts.) Das ist der gefährlichste Weg, der betreten werden kann. (Zustimmung rechts.) Auf der anderen Seite dürfen wir uns nicht auf einen Standpunkt der Ungerechtigkeit und Unsachlichkeit drängen lassen. Der Mahnung des Handelsministers hätte es für uns nicht bedurft; ein solcher Appell kann die Achtung vor dem Parlament nicht erhöhen. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Natl.) Jeder Vaterlands-, jeder Menschenfreund hat die Pflicht,

dem Streben des Lohnarbeiterstandes,

seine Existenzbedingungen zu verbessern, hilfreiche Hand zu bieten. Aber auf der anderen Seite geht eine Tendenz über das auf diesem Gebiete Mögliche hinaus. Auch den Unternehmern die Freudigkeit am wirtschaftlichen Schaffen zu erhalten, ist Pflicht des Staates. (Zustimmung rechts.) Es stehen große Interessen des Staates auf dem Spiel, ich hoffe, daß unsere Bemühungen Erfolg haben werden und daß der Weg zu einem glücklichen Ziel führen möge. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Schiffer** (natl.): Der Landtag hat immer sozialpolitisches Verständnis bewiesen. Die preußische Berggesetzgebung ist ein Beweis dafür. Wir würden auch gern weiter mit der Sozialpolitik in der Berggesetzgebung gehen, wenn nicht gerade der gegenwärtige Zeitpunkt für die Vorlage überaus ungünstig gewählt erschiene. Der Streik ist zweifellos die Ursache für die Einbringung dieser Vorlage gewesen. Der Staat hat sehr einseitig für die Arbeiter und gegen die Arbeitgeber Partei genommen und deshalb die öffentliche Meinung in ungerechtfertigter Weise gegen die Arbeitgeber beeinflußt. Immerhin sind auch auf Seiten der Arbeitgeber Fehler gemacht worden. Es wäre besser gewesen, wenn sie mit der Siebener-Kommission verhandelt hätten. Die Einbringung der Vorlage bedeutet einen bedauerlichen Präzedenzfall. Man hätte besser warten sollen, bis das ganze große Gebiet der Berggesetzgebung einheitlich geregelt werden kann. Die hauptsächlichsten Punkte der Vorlage sind die Abschaffung des Nullens und der sanitäre Arbeitstag.

Das Nullen ist vielleicht besser als sein Ruf;

immerhin haben wir nichts gegen die Abschaffung. Gegen den sanitären Arbeitstag haben wir die lebhaftesten Bedenken. Vielleicht läßt sich die Frage der Seilfahrt ohne Rücksicht auf den sanitären Arbeitstag regeln. Für die Arbeiterausschüsse können wir uns nur erklären, wenn es möglich ist, Elemente fernzuhalten, die den Frieden stören. Die geheime Wahl ist sehr bedenklich, aber bei öffentlicher Wahl dürfte der Terrorismus der Sozialdemokratie vielleicht noch größer sein. Empfehlen wird sich die Heraufsetzung der Altersgrenze für die Wahlberechtigung. Wir werden die Prüfung der Vorlage sine ira vornehmen und wollen versuchen, ob mit ihr dem öffentlichen Frieden eine dauernde Heimstätte errichtet werden kann. (Beifall.)

Abg. Dr. **Hirsch** (frs. Vpt.):

Ich bestreite ganz entschieden, daß das Gesetz ein Gelegenheitsgesetz ist. Für uns kommt der Gesetzentwurf nicht zu früh, sondern zu spät. (Sehr richtig! bei den Freis.) Wir haben schon seit Jahren die Dringlichkeit dieser Reformen betont. Wenn darauf hingewiesen ist, daß die Untersuchungskommission nicht grobe Mißstände aufgedeckt hat, so hat doch diese Kommission bis jetzt nur die Verhältnisse einer kleinen Minderheit von Zechen untersucht. Es handelt sich bei der Vorlage um die einfachsten Forderungen der Sozialpolitik. (Sehr richtig! bei den Freis.)

Die Furcht vor dem roten Gespenst

ist unbegründet. Die Tarifverträge haben sich vorzüglich bewährt. Die Arbeitgeber im Bergwerk haben sich noch niemals mit den Arbeitern auf eine menschenfreundliche Weise verständigt, sie haben die Arbeiter persönlich abstoßend behandelt und ihnen die Gleichberechtigung beharrlich verweigert. Darum die Erbitterung unter den Arbeitern, die doch auch Menschen sind, und deshalb wurde auch der Streik, leider unter Kontraktbruch, in Szene gesetzt. Es scheint mir völlig verkehrt, hier immer die Sozialdemokratie als einzigen Gegner hinzustellen. Auch wir, die Hirsch-Duncker'schen, wir christlichen Arbeiter protestieren gegen die Bevorzugung der Sozialdemokratie, die darin liegt.

Die Sozialdemokratie muß übermütig werden, wenn sie von der Rechten hier ständig als die Partei der Zukunft hingestellt und verherrlicht wird. Wenn Herr v. Heydebrand mit so großem Pathos fordert, daß Arbeiter und Unternehmer mit gleichem Maß! gemessen werden sollen, so rennt er bei der fortschrittlichen Volkspartei offene Türen ein. (Sehr gut! links.) Wir haben nie einen Unterschied in der Würdigung der Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemacht. (Sehr wahr! links.) Redner geht dann auf die einzelnen Bestimmungen der Vorlage ein, begrüßt die Beseitigung des Wagennullens, fordert positive Bezahlung der geförderten Kohle nach dem Gewicht und obligatorische Anstellung des Arbeitervertrauensmannes. Mit der Einschränkung der Strafen, der obligatorischen Einführung der Arbeiterausschüsse und dem sanitären Maximalarbeitstag erklärt sich Redner einverstanden, er fordert aber die Heranziehung der Arbeiterausschüsse zur Grubeninspektion. Besonderes Gewicht legt er darauf, daß die Arbeiterausschüsse nach dem gleichen und geheimen Proportionalwahlrecht gebildet und daß alle fremden Elemente ferngehalten werden. Redner schließt: Die Regierung hat ihr Versprechen eingelöst, das Haus möge ihr nachfolgen und jede Verschleppung in der Beratung des Gesetzentwurfes vermeiden. Seine Annahme wird nicht den Sonderinteressen einzelner Klassen dienen, sondern den Frieden und die Einigkeit aller Parteien fördern. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Dr. Spahn** (Zentrum):

Wir wünschen einen Entwurf, der den Bergarbeitern den Schutz für Leben und Gesundheit gewährt, den er zu fordern berechtigt ist. Daß das Muttungssystem nicht unverändert beibehalten werden kann, ist doch klar. Meine politischen Freunde sehen die Vorlage von dem Standpunkt aus an, den sie schon 1892 eingenommen haben. Schon damals haben wir die Achtstundenschicht vertreten. Wenn wir jetzt wenigstens den sanitären Arbeitstag durchsetzen, werden wir uns bescheiden. Die Arbeit des Bergarbeiters ist viel anstrengender als die anderer Arbeiter, und daß Ein- und Ausfahrt in die Arbeitszeit mit eingerechnet werden muß, ist bei der Art der Bergarbeiterarbeit nur natürlich; denn der Bergarbeiter hat während seiner Arbeitszeit nur Kaffee und Brot zur Verfügung. Der

Gesundheitszustand

ist bei den Bergarbeitern doppelt so schlecht, wie in den meisten Berufen. Der Achtstundentag hat also seine volle Berechtigung für jeden, der unter der Erde arbeitet. Die Statistik ergibt, daß die Gesundheitsverhältnisse der Bergarbeiter besonders ungünstig liegen. Die Zahl der Todesfälle ist im Bergbau größer, als in anderen Betrieben. Die Bestimmung, daß die Arbeiter verpflichtet sein sollen, Ueberschichten zu machen, halten wir für bedenklich. Unbedingt notwendig sind obligatorische Arbeiterausschüsse. Weiter ist erforderlich, daß von den Arbeitern selbst gewählte Grubenkontroleure der Bergwerksinspektion zur Seite treten. Bedauerlich ist, daß die Knappschaftsverhältnisse nicht gleichzeitig mit der Vorlage geregelt werden. Ich hoffe, daß ein Gesetz zustande kommt, das zum sozialen Frieden, zur Gesundhaltung des Bergarbeiterstandes und zum Segen des Vaterlandes beitragen wird. (Beifall.)

Ministerpräsident Graf Bülow spricht zunächst seine Befriedigung darüber aus, daß die Vertreter aller Parteien die Möglichkeit einer Verständigung zwischen der Staatsregierung und dem Hause über die beiden Berggesetznovellen in Aussicht gestellt haben. Die Ausführungen, in denen Abg. v. Heydebrandt für die Wahrung des Rechtsgefühls und der öffentlichen Ordnung im Staat eingetreten ist, finden meinen vollen Beifall. (Beifall rechts.) Um so größeren Wert lege ich darauf, daß die Verständigung über die Gesetzentwürfe mit Unterstützung der konservativen Partei zustande kommt. Die beiden Novellen sollen nicht den Charakter einer Gesetzgebung ab irato haben, sie sollen nur die Forderungen erfüllen, welche die Staatsregierung schon vor dem großen Streik im Ruhrrevier als berechtigt erscheinen. Die Novellen sollen auch nicht den Stempel der Gelegenheitsgesetzgebung tragen. Von einer geschundenen Marschroute, von der Herr Heydebrand sprach, ist keine Rede, aber was notwendig ist, muß geschehen, um solchen Lohnkämpfen nach Möglichkeit vorzubeugen, und ihnen, wenn sie doch eintreten, mit gutem Gewissen entgegentreten zu können. Man hat der Regierung den Vorwurf der Schwäche gemacht. Wo ich gleich zu Anfang des Streiks erklärt habe, daß ich die gesetzliche Ordnung unter allen Umständen aufrecht erhalten würde, scheint mir dieser Vorwurf unberechtigt. Die

Wutausbrüche der sozialdemokratischen Presse

gegen die Regierung sprechen auch nicht gerade für ihn. Ohne das Eingreifen der Regierung wäre der Streik mit seinen überaus schädlichen Folgen für die Industrie sicherlich nicht so rasch beendet worden und hätte vielleicht einen sehr tumultarischen Charakter angenommen. Die Karrikatur des Gendarmen, der sich im Ruhrrevier gelangweilt haben soll (Große Heiterkeit), ist mir lieber, als wenn sich wirklich ernstere Komplikationen ergeben hätten. Wenn mir gleichzeitig Uebereilung und Versäumnis vorgeworfen wird, so erinnert mich das an ein Wort Goethes, daß zwischen Uebereilung und Versäumnis des Lebens tiefstes Geheimnis liege. Beide Gesetzentwürfe waren schon lange in Vorbereitung und es kommt ja oft vor, daß durch ein plötzliches Ereignis eine lang gehegte Absicht zur beschleunigten Durchführung kommt. Daß wir die Gesetzentwürfe schon während des Streiks angekündigt haben, hat mir der Abg. Schiffer besonders schlimm angerechnet. Ihm gegenüber berufe ich mich auf ein hervorragendes Mitglied der königlichen nationalliberalen Partei (Große Heiterkeit), den Abg. Heyl zu Herrnsheim, der mich im Reichstage dazu aufgefordert hat. (Unruhe bei den Nationalliberalen.) Unsere Haltung zum Ausstand im Ruhrrevier, der mehr Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen hat, als selbst der große Kohlengräberstreik in Pennsylvanien, war so unparteiisch, wie wohl selten die Haltung einer Regierung. Unbekümmert um die Kritik von beiden Seiten — und die Kunst der Regierung besteht zum Teil darin, sich durch die Kritik nicht lähmen und verblüffen zu lassen (Heiterkeit) — haben wir lediglich die salus publica im Auge behalten und aufrecht erhalten, für die öffentliche Ordnung gesorgt und alles getan, um den Streik möglichst bald zu beenden. Gewiß waren die Unternehmer in der günstigsten Position, abwarten zu können. Wenn aber der Streik noch länger gedauert hätte, so hätte die Industrie wohl einen Teil ihres

Absatzgebietes auf dem Weltmarkte eingebüßt.

Auch die Arbeiter hatten neben dem Lohnausfall und der Preissteigerung das vollkommen gleiche Interesse am nationalen Wohlstand. Nun habe ich in den letzten Tagen vielfach gehört und gelesen, daß diese beiden Gesetzentwürfe die Arbeiter noch nicht zufrieden stellen. Aber es ist ganz selbstverständlich, daß wirtschaftliche Gruppen noch immer weitergehende Forderungen aufstellen. Auch der Abg. Dr. Spahn ist mit den Handelsverträgen und der Abg. Dr. Wiemer mit der Kanalvorlage nicht ganz zufrieden. Dazu kommt noch, daß der sozialdemokratische Arbeiterverband die anderen Organisationen auffangen will. Wenn jetzt die Hoffnung der Bergarbeiter auf die Reform nicht in Erfüllung geht, dann bin ich überzeugt, wird mancher christlicher Bergarbeiter zur Sozialdemokratie übergehen. (Sehr richtig!) Das ist die Auffassung der sozialdemokratischen Agitatoren, wie die des Herrn Effertz. Nach meiner Ueberzeugung sind die wesentlichen Bestimmungen der beiden Gesetzentwürfe sachlich gerechtfertigt und sachlich berechtigt. (Beifall im Zentrum und links.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt. Schluß $4^3/_4$ Uhr.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 28. März

* **Eisenbahnräuber vor Gericht.** Am vierten Verhandlungstage, 25. März, wurde in dem Prozesse gegen den Großkaufmann Friedeberg und Genossen wegen der Diebstähle in den königlichen Werkstätten in Lauban mit der Zeugenvernehmung begonnen.

Altmaterialienhändler Siegfried Schall aus Berlin wird als Sachverständiger vernommen. Dieser Zeuge hat seit Jahren mit der Firma Friedeberg in Geschäftsverbindung gestanden. Schall scheint

mit seiner Aussage sehr zurückzuhalten, denn er wird vom Vorsitzenden wiederholt ermahnt, die Wahrheit zu sagen. Vors.: Ich habe Sie gefragt, ob angesichts Ihrer umfassenden Eintragungen die mangelhafte Buchführung des Angeklagten als nicht ordnungsmäßig anzusehen ist. Zeuge: Ich kann nichts anderes sagen. Vors.: Sie halten mit Ihrer Aussage zurück. Ich ersuche Sie dringend: Halten Sie gefälligst nicht mit der Wahrheit zurück! Sie üben dasselbe Gewerbe wie der Angeklagte aus, haben also die Pflicht, uns hier als Sachverständiger genaue Auskunft zu geben. Zeuge: Die Friedebergsche Buchführung ist vielleicht nicht ordnungsmäßig, ich weiß es doch nicht. St.-A. Hoeber: Als Sie Ihre Angebote machten, welche Preise normierten Sie? Zeuge: Die, welche mir von Friedeberg vorher mitgeteilt worden waren. Staatsanwalt: So, so! Waren denn die Preise nicht auffällig hoch? Zeuge: Ich habe immer den Verhältnissen des Marktes entsprechend geboten. Ich wurde auch oft überboten, ein Beweis, daß Friedebergs Zahlen nicht so sehr hoch waren. Justizrat Epstein: Haben Sie nur in Lauban für Friedebergs Rechnung Gebote abgegeben, oder auch noch an anderen Orten? Zeuge: Das weiß ich nicht mehr. St.-A.: Es ist von dem Zeugen keine bestimmte Antwort auf eine ganz bestimmte Frage zu erhalten. Justizrat Epstein: Ich meine auch, daß der Zeuge doch noch wissen muß, ob und in welchen Orten er außerdem noch geboten hat. Vors.: Sie haben hier zu sagen, was Sie wissen, sonst haben Sie noch Unannehmlichkeiten zu gewärtigen. Zeuge: Es sind noch andere Orte gewesen, wie Lauban, aber ich vermag sie nicht mehr anzugeben. Justizrat Epstein: Herr Zeuge, halten Sie den Angeklagten Friedeberg für einen Schwindler und Betrüger? Zeuge: Er war sehr fleißig. Ich kenne ihn nur von einer Seite. (Heiterkeit.) Vors.: Sie sagen: Erstens ist er mein guter Freund und zweitens halten Sie ihn deshalb für einen ehrlichen Menschen, sonst würden Sie ja auch nicht mit ihm verkehren.

Hierauf betrat unter allgemeiner Spannung der Zeuge Lademeister Mann aus Lauban den Saal. Der im 37. Lebensjahre stehende Zeuge wird unvereidigt vernommen. Er bekundet, daß er seit Februar 1900 auf dem Güterboden in Lauban beschäftigt sei, also während der ganzen Zeit, wo die Unterschleife stattgefunden haben, dort Dienst getan habe. Vors.: Sie wissen, daß der Angeklagte große Umladungen vorgenommen haben will und damit die 55 Pluswagen zu erklären versucht. Wie oft haben Sie nun solche Umladungen beobachtet? Zeuge: In den ganzen fünf Jahren nur einmal. Das habe ich auch sofort bei der Untersuchung angegeben. Vors.: Sie haben früher von zwei Umladungen gesprochen. Zeuge: Das zweite Mal habe ich nur den Versuch einer Umladung beobachtet, denn als ich sie inhibieren wollte, liefen die dabei beschäftigten Leute fort. Vors.: Kannten Sie die Leute? Zeuge: Nein, es waren fremde Arbeiter. Justizrat Seilo [?]: Sie sind doch aber nicht immer in der Werkstatt, sondern in der Hauptsache auf dem Güterboden gewesen? Zeuge: Ja. Vors.: Und wieviele Leute waren in diesen beiden Fällen tätig? Zeuge: Nur zwei bis drei. Vors.: Sie sind nun nach Einleitung der Untersuchung mehrfach von den Angeklagten Friedeberg, Büttner und Passarge in Anspruch genommen worden. Zeuge: Ja. Mitte Juli vorigen Jahres war der Angeklagte Materialienverwalter Büttner zu einem Lokaltermin nach Lauban vorgeladen worden, aber nicht erschienen. Statt dessen kam er Abends gegen 8 Uhr ganz aufgeregt in die Wohnung des Lademeisters Hummel, wo ich mich befand, und erzählte uns, daß er eben erst mit dem Zuge von Soest angekommen sei und nun nicht mehr zu dem Termin hingehen könne. Er war furchtbar ängstlich und erregt, weil kurz vor seiner Abreise in seiner Wohnung eine Haussuchung vorgenommen worden war. Der Ausgang war ihm noch nicht bekannt. Er hatte aber große Angst vor dem Resultat, denn er äußerte: Wenn sie nur nichts Verdächtiges an Briefen gefunden haben. Vors.: Sie haben das so aufgefaßt, daß es sich um für diese Untersuchung wichtige Briefe handelte? Zeuge: Ja. Er jammerte fortgesetzt und konnte, obwohl ihm Frau Hummel Verschiedenes vorsetzte, weder essen noch trinken. Auf meine Frage, was es denn mit den Briefen für eine Bewandtnis habe, erwiderte Büttner: Na, man hat doch immer mit den Laubanern in Verbindung gestanden, um zu wissen, wie weit die Sache gediehen ist. Vors.: Hat er gesagt, daß es sich auch um Briefe des Angeklagten Friedeberg handelte? Zeuge: Ja, er sagte, daß er sich öfter mit Friedeberg in Berlin getroffen habe und nannte mir sogar das Hotel, wo sie logiert hatten. Als er mit seinem Lamentieren nicht aufhörte und sagte: Ach Gott, wenn ich nur wüßte, was war, machte ich ihm den Vorschlag, er solle doch einfach zum Bahnhof gehen. Die Herren vom Gericht wollten erst mit dem Zuge um 10 Uhr fahren. Aber er sagte: Nein, ich mache, daß ich wieder aus Lauban herauskomme.

Die weitere Vernehmung Manns ergibt, daß Friedeberg wiederholte Versuche gemacht hat, ersteren zu bestechen und zum Meineid zu bewegen. In einem Falle bot er Mann 5000 Mk. für eine eidesstattliche Versicherung, daß eine Anzahl ihn belastender Briefe verschwunden seien. Mann bekundet weiter: Auch wollte er mir eine andere Stellung besorgen, und als ich das bezweifelte, sagte er: „Ich habe überall meine Leute, die für Geld alles machen.“ Angekl. Friedeberg: Ich war niemals mit Herrn Mann in Görlitz zusammen, ich habe ihn auch niemals in der Kneipe besucht und ihm niemals 5000 Mk. für die Briefe geboten oder ihm sonst irgendwelche Versprechungen gemacht. Der Zeuge Mann legt darauf eine Depesche Friedebergs vor, in der ihn dieser um eine Besprechung in Görlitz ersucht. Sie lautet: „Erwarte Dich 10,02. Fritz.“ Als ich zum Bahnhof kam, war Friedeberg schon da, fügte Mann unter allgemeiner Heiterkeit hinzu. Er meldete sich immer auf diese Weise an. Angekl. Friedeberg erregt: Ich habe Ihnen niemals eine Depesche geschickt!

Nachdem hierauf noch mehrere Zeugen, unter anderem auch der Lademeister Hummel, über diese Vorgänge vernommen worden waren, wurden die weiteren Verhandlungen auf Montag früh 9 Uhr vertagt.

* **Tschirn [?] über Schiller.** Unter den vielen Betrachtungen, die gegenwärtig Schiller zu Ehren angestellt werden und das Andenken an den Dichter im Volke auffrischen helfen, nimmt auch das freireligiöse Moment seine Berechtigung und seinen Platz in Anspruch, da ja bekanntermaßen Schiller eine durchaus eigenartige freie Stellung der Religion gegenüber behauptete. In diesem Zusammenhange wird demgemäß Herr Prediger Tschirn nächsten Donnerstag, Abends 8 Uhr, (also am 30. März) im großen Saale des Konzerthauses einen allgemein interessierenden, öffentlichen Vortrag halten über das Thema: „Friedrich Schiller und die Genialitätsreligion vor 100 Jahren.“ Eintrittskarten zum Saal à 20 Pf., zu den Logen à 50 Pf. im Vorverkauf bei Preuß und Jünger, Ring 52; Gottschall, Sonnenplatz; Brinsheim, Gartenstraße. An der Abendkasse 25 und 30 Pf. (Siehe Inserat und Plakate.)

* **Feuer.** Die Feuerwehr wurde am 25. d. M. nach Körnerstraße 35/37 gerufen, wo ein Balkenbrand in einem Kontor ausgebrochen war. Um zur Brandstelle zu gelangen, mußte die Feuerwehr einen Ofen niederlegen. — Am 25. d. M., Nachm., wurde bemerkt, daß aus der verschlossenen Wohnung eines Kaufmanns Lehmdamm 56 Rauch hervordrang, weshalb ein Schutzmann die Wohnung durch einen Schlosser öffnen ließ. In der Küche war ein Brand ausgebrochen, der mit einigen Töpfen Wasser gelöscht wurde. — Am 26. d. M. wurde die Feuerwehr nach Ring 52 gerufen, wo in einem Badezimmer Wäsche, Tücher und Tapeten in Brand geraten waren.

Am 27. d. M. brach in einer Mannschaftsstube der Artillerie-Kaserne Feuer aus, welches mehrere Strohsäcke und Betten erfaßte. Es dürfte Brandstiftung vorliegen, da ein erst von der Festung gekommener Deserteur an der Tür einen Zettel mit der Aufschrift: „Zu meiner Gesundheit“ befestigt hatte und dann verschwunden war.

In einer Färberei Nikolaistraße 45/46 geriet Vorm. ein Regal und ein Handtuch am Ofen in Brand. — Ferner entstand Mittags 11 1/2 Uhr in einer Kellerwohnung Holteistraße 13 durch Umwerfen einer Petroleumlampe ein Brand. Vor Ankunft der Feuerwehr waren die Brände gelöscht worden.

* **Ueberfahren.** Am 26. d. Mts. wurde auf der Klosterstraße ein Straßenkehrer durch einen einspännigen Wagen überfahren, sodaß er im Krankenhause der Barmherzigen Brüder Hilfe nachsuchen mußte. Der Kutscher fuhr schnell davon, wurde aber bald durch einen berittenen Schutzmann eingeholt. — Am 25. d. Mts., Vorm. wurde auf dem Tauentzienplatz ein Partikulier durch eine Droschke überfahren und erlitt eine leichte Gehirnerschütterung.

* **Dämon Alkohol.** Als am 26. d. Mts. Nachmittag ein Arbeiter in betrunkenem Zustande mit einem Fahrrad die Lentheustraße entlang fuhr, stürzte er und schlug mit dem Kopf auf die Bordsteinkante auf sodaß er schwer verletzt und besinnungslos liegen blieb. Nachdem ihm Feuerwehrmannschaften Hilfe geleistet hatten, benahm er sich so renitent, daß ein großer Menschenauflauf entstand.

* **Das scheue Pferd.** Am 25. d. Mts. Nachmittag wurde auf der Morgenaustraße ein vor einem Wagen gespanntes Pferd scheu und raste nach dem Weidendamm, wo es so heftig an einen Straßenbahnwagen anprallte, daß das Geschirr riß und der Kutscher vom Wagen geschleudert wurde. Das Pferd setzte seinen Lauf fort und versuchte, auf die Ohlebrücke beim Wasserhebewerk einzubiegen, wobei es jedoch stürzte.

* **Vermißt** wird seit dem 21. d. Mts. der 15 Jahre alte Laufbursche Konrad Reig, welcher Schulzenwiese 11 gewohnt hat.

* **Messerhelden.** Eine Messerstecherei fand am 25. d. Mts., Abends, auf der Tiergartenstraße statt. Ein Haushälter, dessen Sohn und Tochter wurden von zwei jugendlichen Arbeitern, die den Haushälter kurz vorher in einer Restauration zu einem Streit gereizt hatten, angefallen und mit einem langen, sehr spitzen Messer bearbeitet. Am schwersten litt der Sohn, dem das Messer so tief in einen Arm gestoßen wurde, daß es in der Feuerwache nur mit Mühe entfernt werden konnte. Der junge Mann wurde in die Königl. Klinik getragen. Die beiden Rowdies wurden in Haft genommen. — Am 25. d. Mts., Abends, wurde eine Näherin in ihrer Wohnung, Sandstraße 8, durch einen Müllergesellen, der bei ihr auf Schlafstelle wohnt, mit einem Messer in die rechte Brustseite gestochen, sodaß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Der Müller wurde verhaftet.

* **Gestohlen** wurden aus einem Schaukasten auf der Friedrich-Wilhelmstraße 25 linke Schuhe im Werte von 80 Mark und einem Schuhmacher aus Zobten im Zoologischen Garten ein Portemonnaie mit 8,60 Mark.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 25. u. 26. d. M. 54 Personen eingeliefert. — Gefunden wurde ein silbernes Handtäschchen. — Abhanden kamen: ein Ohrring mit einer Perle und einem Diamanten, ein goldenes Kettenarmband und ein Portemonnaie mit 105 Mark. — Gestohlen wurde aus einem Hause am Schweidnitzer Stadtgraben am 25. d. Mts. ein Fahrrad „Beckmann“ Nr. 16,109.

Schweidnitz, 27. März. Die Bäcker regen sich. Vor einigen Tagen tagte im Zeltgarten hierorts eine öffentliche Versammlung der Bäcker, welche von seiten der Gesellen gut besucht war. Auch eine Anzahl Meister hatten sich eingefunden. Gauvorsteher Zigon-Breslau hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Den Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. An der Diskussion beteiligten sich außer einigen Gesellen auch einige Meister, welche gegen den Eintritt in die Organisation der Gesellen zu Felde zogen. Nach einigen Aufnahmen wurde die Versammlung geschlossen. In einigen Wochen findet wieder eine Versammlung statt.

Freiburg, 27. März. In der letzten Stadtverordnetensitzung hat endlich Bürgermeister Honsberg den Stadtverordneten die Mitteilung gemacht, daß vor nahezu einem Jahre (am 20. April 1904) dem Magistrat vom hiesigen Gewerkschaftskartell eine Petition mit 900—1000 Unterschriften wegen Erbauung einer städtischen Badeanstalt zugegangen sei. Eine Antwort seitens des Magistrats erfolgte am 14. Februar d. J. und auch erst als das Gewerkschaftskartell beschloß, den Magistrat schriftlich um Auskunft über das Schicksal der Petition zu ersuchen. Wie erinnerlich, wurden die Genossen Gillner, Rösner und Kuklos wegen angeblicher Beleidigung des Magistrats, die dieselben in der betreffenden Sitzung ausgestoßen haben sollten, angeklagt, vom hiesigen Schöffengericht aber freigesprochen, da der Anzeige eine Verwechselung seitens des die Sitzung überwachenden Beamten zu Grunde lag. In einer diesbezüglichen polizeilichen Vernehmung hatte Polizeikommissarius Kiele dem Genossen Rösner gegenüber bestritten, daß der Magistrat erst auf die Petition des Gewerkschaftskartells hin, Schritte unternommen habe, die zur Verwirklichung des Badeanstaltsprojekts führen konnten. Der Magistrat erkenne das Gewerkschaftskartell überhaupt nicht an, ebensowenig erachte derselbe eine Verpflichtung für vorliegend, dem Kartell zu antworten!

Herr Kiele muß nun doch wohl die Ansichten des Magistrats nicht richtig interpretiert haben, denn es erfolgte doch eine Antwort und zwar heißt es in derselben wörtlich:

„Infolge des von Ihnen unterm 20. April 1904 an uns gerichteten Gesuchs um Erbauung einer städtischen Badeanstalt haben wir uns mit verschiedenen Stadtgemeinden und schließlich mit der deutschen Gesellschaft für Volksbäder zu Berlin in Verbindung gesetzt“ — — usw.

Daraus ist klar ersichtlich, daß das Gewerkschaftskartell, bezw. die Petition den Anstoß zu den vorbereitenden Arbeiten des Magistrats gegeben hat. Gerade das was der Herr Polizeikommissarius Kiele so energisch bestritt. — Im übrigen lautete das Antwortschreiben sehr verständlich. Nachdem in demselben ausgeführt wurde, daß von wohlwollender Seite zu dem in Frage stehenden Zwecke 20,000 Mk. zur Verfügung gestellt worden seien, mithin immer noch 50,000 Mk. zu beschaffen blieben, da der Kostenanschlag auf 70,000 Mk. laute, heißt es wörtlich:

„Die Finanzlage der Stadt gestattet es nicht, diesen Betrag allein zu übernehmen, da sie für die nächsten Jahre mit sehr notwendigen andern Aufgaben bis zum Aeußersten engagiert ist und deshalb nach dem bekannten Grundsatze „erst das Notwendige, dann das Nützliche“ eventuell die Badeanstalt als zu letzterem gehörig bis auf bessere Zeiten zurückzustellen genötigt sein würde.“

Nunmehr dürfte aber nach den Mitteilungen des Bürgermeisters Honsberg der Bau der Badeanstalt als gesichert zu betrachten sein. Zu den bereits zur Verfügung gestellten 20,000 Mk. sind noch 10,000 Mk. von Fräulein M. v. Kramsta und 300 Mk. von Herrn Leutnant v. Kramsta hinzugekommen, sodaß bereits 30,300 Mk. Bankapitalien vorhanden sind. Den Bauplatz, der sich an der Friedrichstraße befindet, hat die hiesige Aktiengesellschaft für Leinenindustrie unentgeltlich hergegeben.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß zur Deckung des Steuerbedarfs pro 1905 (wie im Vorjahre) gleichmäßig 165 Prozent Zuschläge zu der Einkommensteuer und den staatlich veranlagten Realsteuern (Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer) und 50 Prozent zur Betriebssteuer zu erheben. Die Erhebung des Bürgerrechtsgeldes soll in Zukunft gänzlich fortfallen, vorausgesetzt, daß die Umsatzsteuer von 1/2 auf 3/4 Prozent erhöht wird. — Als ein sehr vernünftiger Beschluß ist ferner zu betrachten, daß der Mühlgraben auf der Straßenseite endlich mit einer schmiedeeisernen Einfriedigung versehen werden soll. Wäre das früher schon geschehen, es hätte manches Unglück verhütet werden können.

Striegau, 27. März. Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz hatten sich vor dem hiesigen Schöffengericht der Molkereipächter Karl Baumert, dessen Ehefrau Auguste Baumert, der Käsereigehilfe Friedrich Herfurth und das Dienstmädchen Martha Walzel, sämtlich aus Järischau, zu verantworten. Baumert hatte einen so großen Absatz von Butter, daß es ihm nicht möglich war, selbst so viel herzustellen; er bezog deshalb Butter in Fässern aus Hamburg und vermengte diese mit seiner Käsereibutter. Wenn auch die aus Hamburg bezogene Butter keine minderwertige, sondern Naturbutter war, so kam das Schöffengericht nach dem Gutachten von Sachverständigen zu der Ueberzeugung, daß trotzdem ein Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz vorliege, da jeder, der in einer Molkerei mit dem Namen „Molkereibutter“ bezeichnete Butter kaufe, annehme, daß diese Butter tatsächlich erst frisch in dieser Molkerei hergestellt sei, und nicht mit von auswärts bezogener, die infolge des langen Transports nicht mehr als frisch zu bezeichnen sei, vermengt werde. Baumert wurde zu 100 Mk. event. 20 Tagen Gefängnis, seine Frau zu 30 Mk. event. zu 6 Tagen, und Herfurth zu 6 Mk. event. zu 2 Tagen Gefängnis verurteilt. Das mitangeklagte Dienstmädchen war von einem Käufer beobachtet worden, wie dasselbe in ein Gefäß mit zum Verkauf bestimmter Vollmilch Magermilch hinzugegossen hatte. Die Aermste, die nur auf Befehl des Herrn so handelte, wurde wegen Fälschung von Nahrungsmitteln zu 6 Mk. event. 2 Tagen Gefängnis verurteilt.

Striegau, 28. März. Eisenbahnunglück. Auf Bahnhof Gäbersdorf, Kreis Striegau (Strecke Striegau-Maltsch), entgleisten gestern Nachmittags 2 1/2 Uhr bei der Einfahrt des aus Maltsch kommenden Personenzuges 595 infolge vorzeitiger Weichenstellung der letzte 2. und 3. Klasse führende Personenwagen und der folgende Pack- und Postwagen, welche beide umstürzten. Hierbei wurde der Zugführer Seiler aus Striegau, welcher bereits auf der Plattform des Packwagen zum Absteigen bereit stand und im Augenblick der Gefahr absprang, an den Beinen und am Unterkörper schwer verletzt. Der Postschaffner entstieg unverletzt dem Postwagen. Der Personenwagen war zum Glück unbesetzt. Von Striegau aus wurde bald ein Hilfszug nach Gäbersdorf abgelassen. Die Strecke war auf einige Stunden gesperrt, so daß der von hier nach Maltsch abgelassene Mittagszug nach der hiesigen Station zurückkehren mußte.

Der verunglückte Zugführer wurde ein Stück von dem umgestürzten Wagen geschleift, wobei er mit dem Oberkörper frei lag, während ihm der Unterkörper zermalmt wurde. In dieser schrecklichen Lage mußte der Bedauernswerte fast eine Stunde verharren! Dabei verlor er nicht das Bewußtsein sondern bat immer, man möge ihn doch freilegen. Seiler, welcher mit dem 1. April nach Brockau versetzt war, verstarb bereits auf dem Transport nach seiner Wohnung.

Hirschberg, 27. März. Schon wieder ein Justizirrtum aufgedeckt! Im Herbst 1903 hatte ein hiesiger Klempnermeister auf der Straße ein Renkontre mit einem im Arbeitsanzuge kommenden Mann. Letzterer rempelte den Meister an, der dem Manne nachging, um ihn zur Rede zu stellen. Der betreffende Mann gab nun dem Klempnermeister mit einer Kaffeekanne einen heftigen Schlag auf den Kopf, sodaß der Meister eine ziemlich erhebliche Verletzung erlitt. Als angeblicher Täter wurde der Maurer Robert Kretschmer aus Cunnersdorf ermittelt. K. wurde von dem Klempnermeister und einem diesem zu Hilfe gekommenen Gärtner bestimmt als der Täter bezeichnet, obwohl er es nicht war!! Das hiesige Schöffengericht verurteilte daraufhin den K., der seine Schuld energisch bestritt, zu **drei Monaten Gefängnis** wegen gefährlicher Körperverletzung. Die von K. hiergegen eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer verworfen. K. hat inzwischen auch seine **Strafe verbüßt.** Das Verfahren wurde aber jetzt wieder aufgenommen, da **ein anderer als Täter ermittelt** wurde, und zwar ein hiesiger Maurer. Letzterer gab am Sonnabend vor der Strafkammer zu, daß er die Tat damals begangen hat, er wird noch deswegen bestraft werden. Natürlich mußte K. jetzt **freigesprochen** werden. Die Kosten werden der Staatskasse auferlegt, einschließlich der Kosten der Verteidigung. Außerdem wird das Urteil im „Reichsanzeiger“ publiziert. Die Höhe der von K. für die unschuldig erlittene Strafhaft zu zahlenden Entschädigung wird diesem noch mitgeteilt werden.

In diesem Falle ist dem unschuldig Verurteilten der Zufall zu Hilfe gekommen. Wie Vielen aber mag er nicht kommen? Die deutsche Justiz tut im großen ganzen sehr wenig, das Vertrauen des Volkes zur Rechtspflege zu stärken.

Liegnitz, 28. März. Achtung, Schuhmacher! Da sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma M. Wilner seit dem 4. März im Streik stehen und die Firma alles aufbietet, um Arbeitskräfte heranzuziehen, so ersuchen wir, den Zuzug nach hier streng fernzuhalten.

Liegnitz, 27. März. Ein Major gegen die braven „Hirsche“. Den hiesigen Hirsch-Duncker'schen ist arges Pech widerfahren. Bei einem Appell des Kriegervereins forderte der Vorsitzende desselben, ein Major von Thümen, die Kameraden auf, der verruchten Gewerkschafts-Bewegung fern zu bleiben. Wie in der letzten Versammlung der Hirsche mitgeteilt wurde, hat dabei der Herr Major die Freundlichkeit gehabt, die lieben, braven, deutschen Gewerkvereinler mit den — horribile dictu! — „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften in einen Topf zu werfen! Darob groß Geschrei bei den Hirschen. Man berief eine Versammlung ein, um — nicht etwa, um gegen die Bevormundung der Arbeiter durch einen Militär zu protestieren, auch nicht, um dem Herrn Major klar zu machen, daß es dem Militär garnichts angeht, wie die Arbeiter in Kriegervereinen ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten, nein, um de- und wehmütig den Major zu bitten, seine ungünstige Meinung von den gut deutschen Hirschen zu revidieren! — Tapfere Leute, diese Hirsche, die sich trotzdem noch wundern, daß die Arbeiter sie nicht für fähig halten, ihre Interessen zu vertreten.

Beuthen, 27. März. Immer wieder: Oberschlesische Polizisten. Das Schöffengericht Kattowitz hatte vor einiger Zeit den Häuer Jos. Winkler aus Siemianowitz wegen angeblicher Beleidigung des Polizei-Sergeanten Hetmanski zu 20 Mk Geldstrafe verurteilt. Dagegen hatte er Berufung eingelegt, die jetzt vor der hiesigen Strafkammer verhandelt wurde. Winkler, der die Hausverwaltung bezw. Vereinigung eines größeren Grundstücks versieht und dessen Ehefrau ein Vorkostgeschäft mit Flaschenbier und Weinhandel betreibt, war in letzter Zeit von Hetmanski häufig zur Strafe notiert worden und reichte deshalb an den Regierungs-Präsidenten eine Beschwerde ein, in der er den Polizeisergeanten Hetmanski der Parteilichkeit beschuldigte. Er sagte direkt, daß er früher **dem Beamten Geschenke von Getränken und Lebensmitteln gemacht** habe. Nachdem sich dies aber als zu kostspielig erwiesen und er deshalb **damit aufgehört** habe, gehe der Beamte fortgesetzt mit Anzeigen gegen ihn vor. Auf Grund dieses Briefes hat der Landrat Strafantrag gegen Winkler gestellt. Die Beweisaufnahme gestaltete sich interessant. Polizeisergeant Hetmanski, der in seinen Aussagen sehr unsicher ist, gibt auf die Frage, ob er Getränke bezw. Wurst ohne Bezahlung angenommen habe, die Antwort: „Ich weiß mich nicht zu erinnern. Ich glaube“ usw. Er muß aber direkt zugeben, daß er in einzelnen Fällen Bier und Wein getrunken und einmal für Wurst das Geld auf den Tisch gelegt, aber wieder eingesteckt habe, weil es der Angeklagte nicht nehmen wollte. Die Würste habe er aber trotzdem mitgenommen. Ein Zeuge bekundet, daß Frau Winkler ihrem Manne Vorwürfe gemacht und gesagt habe, so könne es mit den Geschenken nicht weiter gehen. Der Verteidiger, R.-A. Dr. Neumann, hält den Beweis der Wahrheit für erbracht. Auf alle Fälle komme dem Angeklagten der Schutz des § 193, Wahrnehmung berechtigter Interessen, zu. Ihm komme es überhaupt so vor, als sei der Polizeibeamte der Angeklagte. Der Gerichtshof hält zwar den Beweis der Wahrheit nicht für erbracht, billigt aber dem Angeklagten, der seine Beschwerde sachlich gehalten habe, den Schutz des § 193 zu. Unter Aufhebung des ersten Urteils wurde Winkler freigesprochen.

Aus der Provinz Posen.

Posen, 28. März. Achtung, Posener Arbeiter! Gewerbegerichtswahlen! Die Listen zu den Gewerbegerichtswahlen können vom 27. März bis 3. April Ziegenstr. 8 täglich eingesehen werden.